

Landesinfo Baden-Württemberg



Aktuell in Ba-Wü
DIE LINKE im
Aufwind

Seite 3

Linke.SDS + Linksjugend
Bildungsstreik
am 9. Juni

Seite 8

LINKE Kommunalpolitik
Vom Müll bis
zum Grillen

Seite 14

12. Juni 2010
Demo: Gerecht
geht anders!

Seite 6

Finanzkrise
„... und jetzt brennt
der Euro“

Seite 10

Landtagswahl 2011
Programmgruppe
berichtet

Seite 21

Inhalt

■■■ Aktuelle Meldungen aus der Landespolitik	
■■■ Zum Kopieren: Aufruf Aktionstag Krisenproteste am 12. Juni	6
■■■ Linksjugend [solid] bereitet Bildungsstreik 2010 vor	8
■■■ Michael Schlecht: „und jetzt brennt der Euro“	10
■■■ DIE LINKE am 1. Mai	12
■■■ Kommunalpolitische Konferenz: Finanznot nicht hausgemacht!	14
■■■ DIE LINKE in Kommunen und Kreisen: Müllabfuhr, Verkehr, Behinderte ...	14
■■■ AG Betrieb und Gewerkschaft: Die Ländle-SPD	19
■■■ Aus der Landespartei	20

Das nächste Landesinfo erscheint Ende Juli.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2010 ist der 19. Juli

Beilagenhinweis: „1. Entwurf für ein Parteiprogramm“. „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion Die LINKE

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Nutzen wir die Chance ...

4 Spendenaufruf für den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Die LINKE ist in NRW mit 5,6 % in den Landtag eingezogen. Am 27. März 2011 finden Landtagswahlen in Baden-Württemberg statt. Wir haben auch hier eine echte Chance, dass DIE LINKE landesweit die 5%-Hürde schafft und in den Landtag einzieht. DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit, ArbeitnehmerInnenrechte, gebührenfreie Bildung. Wir setzen uns ein gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut, für mehr öffentliche Beschäftigung, gegen Privatisierung und Sozialabbau, für mehr direkte Demokratie und ökologisches Wirtschaften.

Um den Einzug in den Landtag zu erreichen, haben wir in diesem Jahr Einiges zu tun. Dafür braucht es vor allem die Mitarbeit und das Engagement aller Mitglieder.

Wir erarbeiten derzeit mit einer Programmgruppe ein Landtagswahlprogramm, das im Landesverband breit diskutiert und auf einem Parteitag am 20. November in Stuttgart verabschiedet werden soll.

Um landesweit flächendeckend wählbar zu sein, müssen wir in 70 Wahlkreisen mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten antreten. Eine Landesliste gibt es bei der Landtagswahl nicht. Deshalb haben diese 70 Kandidatinnen und Kandidaten eine zentrale Bedeutung.

Und schließlich müssen wir den Landtagswahlkampf gut vorbereiten mit Plakaten, Wahlinfos, Werbematerialien, Veranstaltungen.

Aus dem Wahlkampfonds der Bundespartei werden wir Mittel erhalten wie schon im Kommunalwahlkampf. Aber wir wollen auch mehr Spenden und ein höheres Beitragsaufkommen im Landesverband erreichen, um diese Aufgabe zu schultern. Deshalb bitten wir um Spenden an die Landespartei.

Deshalb bitten wir insbesondere die Mitglieder, die im Jahr 2010 noch keinen Beitrag entrichtet haben, dies nachzuholen oder mit dem Landesbüro Kontakt aufzunehmen. Nach Satzung endet die Mitgliedschaft eines Mitglieds dann, wenn ein halbes Jahr kein Beitrag bezahlt wurde. Der Mindest-

beitrag für Mitglieder mit sehr geringem Einkommen beträgt 1,50 Euro. Unser Ziel ist, dass bis Jahresende alle Mitglieder ihren Beitrag regelmäßig entrichten und wir wollen in Baden-Württemberg einen Durchschnittsbeitrag von monatlich 10 Euro pro Mitglied erreichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Partei DIE LINKE finanziert sich hauptsächlich aus Beiträgen und Spenden, nicht aus Großspenden wie andere Parteien. Deshalb dieser Brief an Euch. Beiträge und Spenden für die Partei sind steuerlich absetzbar. Bitte prüft, ob Ihr den monatlichen Beitrag nach oben anpassen oder eine einmalige Spende bezahlen könnt.

Für den Landesvorstand

Christoph Cornides, Dorothee Diehm, Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Damenmiller, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit

Beitragstabelle

Orientierung für die Höhe des Mitgliedsbeitrages. Jedes Mitglied stuft sich ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag fest. Je unterhaltsberechtigtes Familienmitglied kann eine Beitragsstufe niedriger gewählt werden. Weitere gesetzliche Unterhaltsverpflichtungen mindern das Nettoeinkommen um den jeweiligen Unterhaltsbetrag. Bankverbindung: DIE LINKE-BaWü; Postbank Stuttgart; BLZ 60010070; Konto: 289582700.

Monatliches Nettoeinkommen in Euro	Monatlicher Mindestbeitrag
unter 400	1,50 €
über 400 bis 500	3,00 €
über 500 bis 600	5,00 €
über 600 bis 700	7,00 €
über 700 bis 800	9,00 €
über 800 bis 900	12,00 €
über 900 bis 1000	15,00 €
über 1000 bis 1100	20,00 €
über 1100 bis 1300	25,00 €
über 1300 bis 1500	35,00 €
über 1500 bis 1700	45,00 €
über 1700 bis 1900	55,00 €
über 1900 bis 2100	65,00 €
über 2100 bis 2300	75,00 €
über 2300 bis 2500	85,00 €
darüber:	4 % des Nettoeinkommens

DIE LINKE kritisiert Regierungserklärung von Mappus

PM, 11.3.2010. Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Mappus zeige, dass an eine Richtungsänderung der Politik der Landesregierung nicht gedacht ist. In der Bildungspolitik soll zwar nicht gespart, aber das gescheiterte Bildungssystem wird aufrecht erhalten. Diese Aussage wird nach Auffassung des Baden-Württembergischen Landesverbandes der LINKEN die beabsichtigte Wirkung verfehlen, nämlich Eltern und Schüler/innen zu beruhigen.

Bernd Riexinger, Landessprecher: „Das System der sozialen Auslese muss beseitigt und durch ein System der systematischen Förderung der Schüler/innen ersetzt werden. Wer am verfehlten Bildungssystem festhält wird weiter eine Verbesserung im Sinne der Schüler/innen und Eltern blockieren.“

In der Wirtschaftspolitik würde zwar inzwischen eingeräumt, dass dringender

Handlungsbedarf bei der Finanzierung der Betriebe bestehe, die Konsequenzen blieben jedoch halbherzig. Es sei eine Illusion, dass die klamme LBBW diese Aufgaben erfüllen könne. DIE LINKE erneuert ihre Forderung nach einem Fünf-Milliarden-Programm für Bürgschaften und zinsgünstige Kredite. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf, wenn der täglich zunehmenden Zahl der Insolvenzen entgegengewirkt werden soll. Die Sicherung der Arbeitsplätze muss nach Auffassung der Linken eine deutlich höhere Priorität bekommen.

Bei der Finanzierung sei Mappus Gefangener der Politik der schwarz/gelben Bundesregierung. Diese würde den Ländern weitere Mittel entziehen. Es sei jedoch völlig falsch, in die Krise hinein zu sparen. Die FDP sei mit ihrer Forderung nach Privatisierung der LBBW und der Universitätskliniken völlig durchge-

knallt. Riexinger: „Die Politik der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen hat sich vor der Wirklichkeit längst blamiert. Dass die FDP diese gescheiterte Doktrin beibehält, zeigt, dass sie aus der Krise nichts gelernt hat.“

DIE LINKE ist dagegen, dass die Unikliniken privatisiert werden.

Diese hätten eine wichtige medizinische und wissenschaftliche Bedeutung und müssten in öffentlicher Hand bleiben. Die LBBW sei dringend als öffentliche Landesbank zu erhalten. Der öffentliche Bankensektor sei für die Stabilität des Finanzsystems unverzichtbar und die Landesbanken zur Refinanzierung der Kreissparkassen enorm wichtig. Er müsse ausgebaut, nicht privatisiert werden. Jedoch müssten diese ihren öffentlichen Aufgaben nachkommen und dürften nicht auf den internationalen Kapitalmärkten spekulieren.

DIE LINKE sieht sich in Baden-Württemberg im Aufwind

Die Partei DIE LINKE sieht sich in Baden-Württemberg weiter im Aufwind. Die März-Umfrage des Allensbach-Instituts bestätigt den Optimismus der Landespartei, in den künftigen Landtag einzuziehen.

Bernhard Strasdeit, Landesgeschäftsführer: „Erstmals sieht eine Umfrage die baden-württembergische Linke stabil über der Fünf-Prozent-Klausel. Wir nehmen das als Ansporn für den kommenden Landtagswahlkampf.“ Inhaltlich sieht sich DIE LINKE in Baden-Württemberg für die Landtagswahlen gut gerüstet. Bernd Riexinger, Landessprecher: „Das auf dem Landesparteitag verabschiedete Zehn-Punkte-Sofortprogramm zeigt, dass wir zu den brennenden landespolitischen Fragen gut positioniert sind. Baden-Württemberg hat eine kompetente linke Oppositionspartei im Landtag verdient.“ Der Start des neuen Ministerpräsidenten, Stefan Mappus, sei komplett misslungen. Es sei höchste Zeit, dass die Opposition diese schwarz/gelbe Regierung politisch mehr in Bedrängnis bringt. Es müsse deutlich gemacht werden, dass Steuerflüchtlinge einen Persilschein erhalten, während die Mehrheit im Lande von Schwarz/Gelb nichts zu erwarten hat.

Derzeit arbeitet eine Programmgruppe am Entwurf eines Landtagswahlprogrammes, das auf dem Landesparteitag im November verabschiedet werden soll. Ein Entwurf soll bis Juni fertiggestellt sein, damit die Kreisverbände genügend Zeit zur Diskussion und zur Formulierung ihrer Positionen zur Verfügung haben.



NRW-Wahl: Quittung für Schwarz-Gelb

Südwestlinke gratuliert der LINKEN in NRW zu ihrem Einzug ins Landesparlament – tolle Vorlage für Baden-Württemberg

DIE LINKE in Baden-Württemberg gratuliert der NRW-LINKEN zu ihrem Einzug in den Landtag.

Bernd Riexinger, Landessprecher: „Schwarz-Gelb hat die Quittung bekommen. Das ist eine tolle Vorlage für Baden-Württemberg. Wir sind überzeugt, dass auch die baden-württembergische LINKE nächstes Jahr in den Landtag einziehen wird. Immer mehr Menschen erkennen, dass nur mit einer starken Linken soziale Politik durchgesetzt werden kann. Unsere Kreisverbände werden sehr motiviert und engagiert den Landtagswahlkampf vorbereiten.“

Auch Landesgeschäftsführer, Bernhard Strasdeit sieht einen weiteren Durchbruch seiner Partei in den alten Bundesländern. Strasdeit: „Nachdem DIE LINKE in den Flächenländern Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und NRW im Landtag vertreten ist, entwickelt sich die Partei als stabile politische Kraft im Westen.“

Besonders freut es die Baden-Württemberger, dass die Strategie gescheitert ist, DIE LINKE in NRW als politikunfähig hinzustellen. Die Politik von Schwarz-Gelb blamiere sich immer mehr vor der Wirklichkeit. Sie könne die drängendsten Fragen nicht lösen. Dazu bedürfe es eines grundlegenden Politikwechsels.

DIE LINKE in Baden-Württemberg fordert die beiden anderen Oppositionsparteien auf, konsequent gegen die schwarz-gelbe Landesregierung mobil zu machen. In Baden-Württemberg sei die Ablösung der jetzigen Regierungskoalition möglich. Das erfordere jedoch auch eine grundlegende Abkehr von der Agenda 2010 Politik durch SPD und Grüne.

LINKE kritisiert klerikal-fundamentalistischen CDU-Nachwuchs

Mit der „Eislinger Erklärung“ eröffnet die Junge Union im Kreis Göppingen mit Positionen wie der gänzlichen Ablehnung muslimischer Symbolik in der Öffentlichkeit, dem Verbot der Homoehe und der Verdammung der institutionellen frühkindlichen Bildung den Kampf der Kulturen. Grundlage vieler JU-Forderungen stellt eine diffus-fundamentalistische Interpretation christlicher Lehre als ewige Wahrheit und eine ominöse abendländische Tradition als deutsche Leitkultur dar. Grundrechte wie informationelle Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Frau, Diskriminierungsfreiheit, Glaubens- und Religionsfreiheit werden zu Irrungen des Individualismus und Sozialismus umdeklariert.

Die Äußerungen der Jungen Union zu Familie, Nation, Religion, Migration und deutscher Geschichte vermitteln das Bildnis einer Volksgemeinschaft, die sich schädlicher Einflüsse von innen, wie von außen entledigen muss. Zahlreiche Positionen schaffen damit Anschlussfähigkeit zu faschistischem Gedankengut. Die Junge Union nimmt damit eine Scharnierfunktion zwischen fremdenfeindlichem Rechtskonservatismus und Neofaschismus ein.

Die „Eislinger Erklärung“ verneint die Pluralität unserer Gesellschaft. Die Junge Union erklärt damit den gesellschaftlichen Konsens um eine freiheitliche Entwicklung eines jeden Menschen auf. Das Strategie- und Analysepapier für ein „starkes, christliches und glückliches Deutschland unter der Führung der CDU“ ist Ausdruck einer Radikalisierung eines erheblichen Teils der CDU-Basis, insbesondere ihres Nachwuchses.

DIE LINKE fordert die CDU auf, sich klar und unmissverständlich von diesem Papier zu distanzieren.

Schwere Vorwürfe gegen Heribert Rech

Innenminister missbraucht den Verfassungsschutzbericht für den Wahlkampf der CDU.

DIE LINKE in Baden-Württemberg wirft Innenminister Heribert Rech vor, den Verfassungsschutzbericht für den bevorstehenden Wahlkampf zu missbrauchen. Landessprecher Bernd Riexinger fordert die Landesregierung auf, seine Partei endlich aus dem Bericht zu streichen. Heribert Rech und Ministerpräsident Stefan Mappus sollten sich ein Beispiel an Ländern wie dem Saarland oder Rheinland-Pfalz nehmen. Das Nachbarland hatte erst kürzlich mitgeteilt, dass der Verfassungsschutz DIE LINKE in Rheinland-Pfalz nicht mehr

beobachte. Die Linkspartei sei mit ihrer Forderung nach Banken-Verstaatlichung ein Fall für den Verfassungsschutz, sagte Hauptredner Heribert Rech bei einer Feier zum 30-jährigen Bestehens der CDU-Stadtverbandes im Rottenburger Martinshof. Bernd Riexinger schlägt Rech deshalb vor, dass er künftig auch den amerikanischen Präsidenten Barack Obama oder den britischen Premierminister Gordon Brown auf die Beobachter-Liste setzen solle, denn beide hätten Banken verstaatlicht. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel habe sich verdächtig gemacht, denn ihr Vorgehen bei der deutschen Bankholding Hypo Real Estate (HRE) sei einer Verstaatlichung zumindest sehr nahe gekommen.

DIE LINKE in Baden-Württemberg wirft Rech vor, dass er den Verfassungsschutzbericht für Wahlkampfzwecke missbrauche. Der Innenminister sehe in der „Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen“ – so Rech bei der Partei-Veranstaltung in Rottenburg – eine Chance, vor allem frühere CDU-Stammwähler wieder zu motivieren.

„Stächele ist ein frauenfeindlicher Zyniker“

kommentiert Sabine Rösch-Dammenmiller Stächeles Ankündigung, den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz aufheben zu wollen. Rösch-Dammenmiller ist familienpolitische Sprecherin der Südwest-Linken. „Da hat die Frau von der Leyen noch als Familienministerin erkannt, dass erst mit dem Anspruch auf einen Krippenplatz für sehr viele Frauen Familie und Beruf vereinbar sind. Jetzt spart der Finanzminister des so genannten Kinderlands die Frauen wieder an den Herd zurück.“ Rösch-Dammenmiller weiter: „DIE LINKE will, dass das Angebot von Krippenplätzen flächendeckend ausgebaut wird, und zwar so, wie das die CDU versprochen hat. Für viele Alleinerziehende ist dieses

Angebot die Grundvoraussetzung überhaupt, wieder einen Arbeitsplatz besetzen zu können.“

Gegen Abschiebungen

Am 8. Mai fand in Karlsruhe eine landesweite Demonstration gegen Abschiebungen statt. Der Aufruf war von zahlreichen demokratischen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt darunter Pro Asyl, VVN/BdA, Komitee für Grundrechte, mehreren Kreisverbänden der LINKEN und von Karin Binder (MdB).

Nach der Aufenthalts- und Asylzuständigkeitsverordnung (AAZuVO) ist das Regierungspräsidium Karlsruhe ab dem 1. Januar als zentrale Behörde in Baden-Württemberg für die Organisation und Durchführung von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zuständig. Praktischerweise befindet sich Karlsruhe in unmittelbarer Nähe des Deportation Airpark, von wo aus die regelmäßigen Charterabschiebungen stattfinden...

Über den Deportation-Baden-Airpark wurden in den letzten zehn Jahren tausende MigrantInnen mit polizeilicher Gewalt in ihr Herkunftsland abgeschoben. Grund für die Abschiebungen ist eine rassistische und auf Abschottung ausgerichtete europäische Migrationspolitik. „Fremde“ werden als Bedrohung dargestellt und dementsprechend wahrgenommen. Sie scheinen nicht in das ökonomische Konzept der AG Deutschland zu passen. Der Deportation-Airpark ist Drehscheibe für Charter-Abschiebungen auch von zahlreichen Roma-Familien und anderen Minderheiten in die Länder Ex-Jugoslawiens.

Vom Deportation-Baden-Airpark finden regelmäßig jeden Monat, abgeschottet über den alten Terminal, Abschiebeflüge statt. Während sich gleichzeitig Urlauber mit dem „Mallorca-Shuttle“ auf den Weg machen oder Urlauber mit dem Billigflieger Ryan-Air nach Bari in Süditalien fliegen, werden Menschen in den Kosovo in ein Leben im Elend abgeschoben. Viele der Abgeschobenen waren zuvor im Abschiebegefängnis in Mannheim eingesperrt worden, weil sie nicht „freiwillig ausreisen“ wollten.

Von zwei Fluggesellschaften, nämlich Air Berlin und Hamburg International (HHI), die am Baden-Airpark aktiv sind, ist bekannt, dass sie sich am schmutzigen Geschäft der Abschiebungen beteiligen. Im Februar hat das Regierungspräsidium Karlsruhe einen Abschiebecharter von Hemus Air (BulgariaAir) organisiert.



Bei der Demo geht es darum zu verhindern, dass tausenden Flüchtlinge und Roma in eine vollkommen ungewissen Zukunft abgeschoben werden und aus der Gesellschaft – in der sich gerade ihre Kindern in den letzten Jahren integriert haben – wieder rausgerissen werden. Die Länder und deren Innenminister haben Abschiebeabkommen mit dem Kosovo vereinbart, die das Papier nicht wert sind auf dem sie stehen. Petitionen und Anträge der Opposition in den Parlamenten – die ein Abschiebemoratorium erwirken wollten – wurden überall abgelehnt. Kein Mensch in illegal ! Weitere Infos hier: <http://www.aktionbleiberecht.de/?p=806>

Versammlungsgesetz

Thomas Trüten, Sprecher des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit, verwies bei einer Veranstaltung der LINKEN und des örtlichen Antifa-Bündnisses in Kirchheim zunächst auf Art. 8 des Grundgesetzes: Der gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden. Dieses Grundrecht gehört zum Kernbestand der freiheitlichen Demokratie in diesem Lande. Der Referent stellte fest, Ruhe sei in einer Demokratie eben gerade nicht „erste Bürgerpflicht“. Es sei eher die „kreative Unruhe“, die eine Demokratie weiter bringe. Leider gebe es eine Tendenz in der Sicherheitspolitik auch dieses Bundeslandes, den friedlichen und den gewalttätigen Protest in einen Topf zu werfen und Widerspruch und Widerstand per se als gefährlich einzustufen. Das alte Bundesversammlungsgesetz von 1953 soll jetzt durch ein Landesversammlungsgesetz ersetzt werden. Selbst Kleinstversammlungen ab zwei Personen sollen künftig anzeigepflichtig sein. Eine Vielzahl von Öffnungsklauseln, schwammigen Begriffen und Ermessensspielräumen ermögliche es den Behörden, verschärft mit Auflagen und Verboten gegen Demonstrationen vorzugehen. Der Willkür wird dadurch Tür und Tor geöffnet – die Neigung des Bürgers, unter diesen Voraussetzungen sich mit anderen zu versammeln, würde (und soll vielleicht) abnehmen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf des bayerischen Innenministers wurde vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Der von der baden-württembergischen Landesregierung vorgelegte Gesetzestextentwurf wird nach Aussagen von Innenminister Rech ebenfalls überarbeitet. Der Referent forderte, dass die im Grundgesetz verankerte Versammlungsfreiheit gewährleistet bleibt. Ein Vorschlag, der

hinter dieses zurückfällt, wird auf politischen und juristischen Widerstand stoßen. Trüten: „Wir bleiben dabei: Ja zur Versammlungsfreiheit – Nein zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes!“

Anschlag auf Moschee

Zu einem Anschlag auf die Alperner-Moschee in Rheinfelden erklärte Dirk Spöri vom Landesvorstand der LINKEN Baden-Württemberg am 4. Mai:

„Ich bin bestürzt, dass es bei uns in der Region zu diesem Anschlag gekommen ist. Schon die Übergriffe auf den jüdischen Friedhof in Ihringen durch rechtsradikale Täter haben die Gewaltbereitschaft der Neonazi-Szene gezeigt. Die Menschen in Südbaden sind aufgefordert, den muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ihre Solidarität zu zeigen“, so Spöri. In der Nacht vom 1. Mai auf den 2. Mai hatten Täter Scheiben der Moschee eingeschlagen und Hakenkreuze auf die Wände geschmiert.

Für Spöri ist der Anschlag keine Überraschung: „Wenn der ehemalige Ministerpräsident Oettinger den Nazi-Richter Filbinger zum Widerstandskämpfer erklärt, muslimische Lehrerinnen kein Kopftuch tragen dürfen oder Razzien in Moscheen stattfinden, dann bereitet dies den Nährboden für rechte Gewalt.“

Spöri ist besorgt: „Während der Islam als Bedrohung dargestellt wird, konnten Nazis in Weil am Rhein Bomben bauen. Nur die Antifa hat hier schlimmeres verhindert.“ So fragt sich das Landesvorstandsmitglied: „Sind Landesregierung und Justiz in Baden-Württemberg auf dem rechten Auge blind?“

Doch es gibt auch Hoffnung: „Wie

zuletzt in Dresden und Berlin treten auch in Baden-Württemberg Menschen den Neonazis couragiert entgegen, wo und wann diese aufmarschieren.“ Spöri fordert: „Musliminnen und Muslime brauchen als religiöse Minderheit den aktiven Schutz gegen Diskriminierung von Seiten aller demokratischen Parteien.“

Gegen Gelöbnis

Vor dem Neuen Schloss plant die Bundeswehr ein öffentliches Gelöbnis von Rekruten. Ein Aktionsbündnis bereitet Aktionen dazu vor; der Landesausschuss der LINKEN unterstützt das. Die Gemeinderäte der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE erklären dazu:

Die Stadt Stuttgart ist Mitglied der Cities for Peace (Städte für den Frieden). Aber am 30. Juli soll in Stuttgart eine öffentliche Rekrutenvereidigung stattfinden. Das lehnen wir ab, weil wir in Stuttgart keine Kriegswerbung wollen. Wir wollen das auch nicht in den Stuttgarter Schulen. Das Kultusministerium hat mit der Bundeswehr vereinbart, dass Jugendoffiziere im Unterricht „Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie ... zu nationalen Interessen“ geben. Im Grundgesetz ist die Bundeswehr als Verteidigungsarmee definiert. Werbung für globale Einsätze ist Kriegspropaganda. Daher fordern wir, dass die Stadt die öffentliche Rekrutenvereidigung genauso ablehnt wie den Bundeswehrunterricht. Dafür darf es keine städtischen Plätze und kein städtisches Geld geben. Stuttgart soll in der Tat eine Stadt des Friedens sein.



Auch am 7. Mai 2010 war die Bundeswehr wieder Aussteller auf den Azubi- und Studententagen in der Neuen Messe Stuttgart. Mit dem Slogan „Sichern Sie sich einen von 20.000 Arbeitsplätzen“ wirbt die Armee um neue Rekruten. Diese 20.000 „Arbeitsplätze“ braucht die Bundeswehr, um Einsätze wie z.B. in Afghanistan, vor der Küste Somalias und im Kosovo durchführen zu können und weitere vorzubereiten. Die Bundeswehr ist jedoch kein Arbeitgeber und Ausbilder wie jeder andere. Um dies deutlich zu machen und die BesucherInnen der Messe über das mögliche Ende einer Karriere bei der Bundeswehr zu informieren, legten sich rund 20 aktive AntimilitaristInnen mit „blutverschmierten“ Leinentüchern vor den Bundeswehrstand. Dazu wurden Flyer verteilt und eine Rede gehalten. Um eine zunehmende militarisierung der Gesellschaft bis in die Kommune zu verhindern, ist es notwendig auch weiterhin die Auftritte der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zu thematisieren, egal ob auf Bildungsmessen, an Schulen oder bei dem geplanten öffentlichen Gelöbnis am 30. Juli in Stuttgart!

Das nennt ihr gerecht? Gerecht geht anders!

DEMO in Stuttgart, Innenstadt

12. Juni: Bundesweiter Aktionstag Krisenproteste

www.die-linke-bw.de

**DEMO: 12. Juni 2010 in Stuttgart
Gegen Erwerbslosigkeit, Bildungsnotstand
und Kopfpauschale**

- **10 Uhr Auftakt: Lautenschlagerstraße (am Hbf)**
- *ab 11 Uhr Demonstration durch die Innenstadt*
- *12 Uhr Abschlusskundgebung auf dem Schlossplatz*

DIE LINKE Baden-Württemberg ruft zur Demonstration am 12. Juni in Stuttgart auf. Macht alle mit, wenn es darum geht die Abwälzung der Krisenlasten auf unserem Rücken zu verhindern. Wir demonstrieren u.a.

- Gegen die unsoziale Kopfpauschale
- Gegen Rente und Pensionen mit 67
- Für gute und kostenfreie Bildung für alle
- Für handlungsfähige Kommunen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat aus der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte die falschen Konsequenzen gezogen. Kein einziges Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors, zur Schließung von Steueroasen oder dem Verbot von hochriskanten Finanzspekulationen wurde verabschiedet. Die Kosten für die Sanierung der Banken sollen nach und nach auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt werden. Dabei wird nach dem Muster verfahren: Die Verluste werden sozialisiert und die Gewinne können wieder privat angehäuft werden. Bei vielen Hedgefonds knallen schon wieder die Champagnerkorken, es werden wieder Milliarden-Boni ausgezahlt und die Deutsche Bank sonnt sich in Riesengewinnen. Die nächste Spekulationsblase baut sich bereits wieder auf.

**Die Krise ist noch lange nicht vorbei -
und wer zahlt die Zeche?**

Die Ausbildungsstellen sind seit Ausbruch der Krise dramatisch zurück gegangen. Von freier Berufswahl kann keine Rede mehr sein. Nach der Ausbildung wer-

den viele nicht, nur befristet und/oder in Teilzeit übernommen. Ohnehin nimmt die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich zu. Arm trotz Arbeit ist für mehrere Millionen Menschen inzwischen bittere Realität. Auch wurden in der Krise die Reallöhne gesenkt und sie sollen weiter nach unten gedrückt werden.

Schwarz-gelb gibt den Reichen und greift die Sozialsysteme an

Die Bundesregierung plant eine Gesundheitsreform, bei der ausschließlich Beschäftigte und Versicherte zur Kasse gebeten werden. Die Beiträge für die Arbeitgeber werden festgeschrieben, so dass wir alleine die Kostensteigerungen bezahlen müssen. Mit der Einführung der Kopfpauschale würde der Manager den gleichen Krankenkassenbeitrag wie sein Fahrer bezahlen. Das käme der völligen Zerschlagung des Solidarprinzips im Gesundheitswesen gleich. Statt bedarfsorientierter Gesundheitsversorgung soll es noch mehr Markt und Wettbewerb geben. Das geht dann in erster Linie nach der Größe des Geldbeutels.

**Demo in Stuttgart
12. Juni 2010
10 Uhr, Innenstadt**

u.a. unterstützt durch

DIE LINKE.

Kommunen verarmen, während der private Reichtum wächst

Wir brauchen dringend mehr Geld für Bildung, Soziales und Ökologie. Die Mängel in der Bildung, im Gesundheitswesen, im sozialen Bereich und der Ökologie sind unübersehbar. Bundesweit fehlen 320 000 Kindertagesplätze für Kleinkinder. Stattdessen bauen viele Kommunen Personal ab, erhöhen die Gebühren oder schließen Jugendhäuser und Bäder. Sie reagieren auf die wachsende Finanznot der Städte und Gemeinden. Die seit 3 Jahrzehnten erfolgte Umverteilung zu Gunsten der Reichen über die Steuerpolitik ging auch zu Lasten der Kommunen und öffentlichen Haushalte. Auch das sog. Wirtschaftsbeschleunigungsgesetz von schwarz-gelb entzog den Kommunen weitere 1,8 Mrd. Euro. Dafür wurden Hoteliers und Erben deutlich entlastet. Mit der Politik des privaten Reichtums bei gleichzeitiger öffentlicher Armut muss Schluss gemacht werden.

Griechenland als Blaupause für andere Länder?

Die Auseinandersetzungen in Griechenland bieten gerade besonderen Anschauungsunterricht, was wir zu erwarten haben, wenn wir uns nicht wehren. Von der Bundesregierung wird in enger Zusammenarbeit mit der Bildzeitung ein Bild von den Griechen gezeichnet, das keiner Überprüfung durch die Fakten standhält. Die Griechen seien bequem, würden früh in Rente gehen, würden alle einen Job im öffentlichen Dienst suchen und wollten jetzt an unser Geld. Verschwiegen wird, dass die meisten Griechen am Rande des Existenzminimums leben und keinesfalls für die Misere verantwortlich sind.

Verschwiegen wird, dass die griechischen Regierungen ähnlich wie die deutsche von den Reichen und Vermögenden kaum Steuern kassiert. Verschwiegen wird auch, dass Deutschland mit seinen Reallohnsenkungen seit Jahren eine expansive Exportstrategie verfolgt, die dauerhaft die Defizite der anderen Länder erhöht. Verschleiert wird auch, dass vom Steuerzahler gerettete Banken, wie die Commerzbank und die HRE Hauptgläubiger des griechischen Staates sind. Um deren Rettung geht es in erster Linie. Gleichzeitig haben die Banken und Investmentgesellschaften – Finanzkrise hin oder her – ungestört gegen den griechischen Staat spekulieren dürfen.

Was jedoch besonders gravierend ist: Das der griechischen Bevölkerung aufgezwungene Programm, Renten und Löhne kürzen, Personal abbauen, Mehrwertsteuer erhöhen, Sozialsysteme schleifen weist große Ähnlichkeiten zu dem der schwarz-gelben Bundesregierung auf. Nur soll hier eher nach der Salamtaktik vorgegangen werden, während in Griechenland die Schocktherapie verfolgt wird. Die Griechen zeigen uns auch, wie man sich gegen solche Zumutungen wehrt. Sie brauchen unsere Solidarität und wir können von ihnen in Sache Gegenwehr und Zivilcourage noch einiges lernen. Deshalb ist DIE LINKE dafür, dass auch in Deutschland der politische Streik legalisiert wird.

LINKE steht für grundlegenden Politikwechsel

Wir wollen die Gegenwehr gegen die Politik von schwarz-gelb, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umweltzerstörung stärken. Damit sich was ändert: Werden Sie aktiv, machen Sie mit!

Wir wollen,

- dass die Verursacher der Krise bezahlen z.B. durch Millionärssteuer – anstatt die Krisenlasten auf die Allgemeinheit abzuwälzen
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten – anstatt immer mehr Reichtum für Wenige
- einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde – anstatt Niedriglöhne von denen Mann/Frau nicht leben kann
- gute und kostenfreie Bildung für alle – anstatt Bildungsnotstand und soziale Auslese
- ein solidarisches, paritätisch finanziertes Gesundheitssystem durch die Einführung der Bürgerversicherung – anstatt Kopfpauschale und Ausbau der Zweiklassenmedizin
- 500 Euro Eckregelsatz – anstatt Hartz IV

- die Banken durch Regulierung und Vergesellschaftung an die Kette legen – anstatt neuer Finanzspekulationen und Krisen
- Keine Rente mit 67 – dafür junge Leute nach der Ausbildung übernehmen und Erwerbslose einstellen
- Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen und Standorte erhalten – anstatt Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsplatzangst

Deshalb ruft DIE LINKE zur Südwest-Demonstration am 12. Juni in Stuttgart auf! Macht mit zusammen mit den Gewerkschaften und sozialen Bündnissen!

DIE LINKE.

Bildungsstreik 2010: Aktionstag 9. Juni 2010

Im vergangenen Sommer demonstrieren in über 100 Städten 270.000 Schülerinnen, Studierende, Auszubildende, Erwerbstätige, Erwerbslose und Gewerkschafterinnen, gemeinsam gegen die unzumutbaren Zustände im Bildungssystem. Nicht nur in Europa, sondern auch auf allen anderen Kontinenten der Welt gab es Bildungsproteste. Schließlich wurden allein in Deutschland im Herbst über 80 Bildungseinrichtungen besetzt, an einem dezentralen Aktionstag waren über 85.000 Menschen auf der Straße.

Trotz großer Aufmerksamkeit und kleiner Zugeständnisse hat sich nichts geändert – unsere zentralen Forderungen und Ziele wurden nicht erreicht. Im Gegenteil: Das Bildungssystem wird weiter nach wettbewerbsorientierten Kriterien ausgerichtet und immer stärker ökonomisiert. Dagegen werden wir im Jahr 2010 Bildungsproteste organisieren, in denen vielfältige Aktionsformen (Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen etc.) ihren Platz finden.

Wir suchen die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen. Gerade in Zeiten der anhaltenden Wirtschaftskrise geht es uns darum, die Auseinandersetzungen im Bildungsbereich als gesamtgesellschaftlichen Konflikt zu verstehen und zuzuspitzen – denn unsere Kritik am Bildungssystem ist zugleich Gesellschaftskritik.

Im Juni rufen wir zu einer gemeinsamen Aktionszeit und für den 9. Juni bundesweit zu dezentralen Demonstrationen auf. Wir hoffen darüber hinaus auf gemeinsame koordinierte Aktionen weltweit. Mit immer mehr aktiven Menschen werden wir den Druck erhöhen, um im Bildungssystem etwas zu verändern.

Ein grundlegendes Ziel des Bildungsstreiks ist es, eine Diskussion über Sinn und Zweck des Bildungssystems in der Gesellschaft anzuregen. Möglichkeiten einer emanzipatorischen Bildungspolitik sollen aufgezeigt und durchgesetzt werden: Bildungseinrichtungen sollten vor-

rangig Menschen dazu befähigen, die sie umgebenden Strukturen zu verstehen, zu kritisieren und zu verändern.

Dem momentanen Zustand im Bildungsbereich setzen wir unsere Alternativen entgegen:

- Selbstbestimmtes Lernen und Leben statt starrem Zeitrahmen, Leistungsdruck und Konkurrenzdruck.
- Freier Bildungszugang für alle Menschen, Lehrmittelfreiheit und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren wie Studiengebühren, Ausbildungsgebühren und Kita-Gebühren, öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft unter anderem auf Lehrinhalte, Studienstrukturen und Stellenvergabe.
- Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in allen Bildungseinrichtungen.

Ein ganz anderes Lernen und Leben ist möglich – und nötiger denn je!

Die Linke.SDS, Linksjugend [solid] u.a.



Lange Pokernacht

Am 12. März 2010 hatte die Linksjugend Mannheim im Gewerkschaftshaus unter dem Motto „Die Vorzüge des Kapitalismus“ zu einer langen Pokernacht eingeladen. Der Einladung gefolgt waren die Jusos in der SPD und die Jungen Piraten (JuPis) sowie die Linksjugend-Kreisverbände Heidelberg und Ludwigshafen. Mit insgesamt über 20 Jungpolitikern aus der Region war die Pokerrunde gut besucht. Im Vorfeld hatte Linksjugend-Kreissprecher Julien Ferrat die Rahmenbedingungen des Turniers verlauten lassen: „Erlös ist ein Kasten Bier für den besten Pokerspieler. Rechtliche Bedenken gibt es keine, da weder um Bargeld gespielt wird noch mit der Teilnahme ein finanzieller Nachteil entstehen kann.“ Als Sieger gingen die Jungen Piraten hervor, gefolgt von der Linksjugend und den Jusos. Über den Gewinn des Turniers konnte sich namentlich Abian Hammann freuen, der für den Nachwuchs der Piratenpartei ins Rennen gegangen war. Den zweiten Platz erreichte Simon Brehm für die Linksjugend Mannheim nur knapp vor dem Ludwigshafener Linksjugend-Schatzmeister Jan Spoor. Das beste Ergebnis für die Jusos erzielte die stellvertretende Kreisvorsitzende Julia Lück.

Gründungstreffen der LAG-Bildung

Am 24. April 2010 hat sich in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart die LAG-Bildung der Linksjugend [solid] gegründet. Als erstes wurde über die Bildungsstreikbewegung diskutiert und Erfahrungen aus den vergangenen Projekten zusammen getragen. Um in Zukunft besser allen Streikenden unter die Arme zu greifen, hat die LAG-Bildung beschlossen, eine Broschüre zu entwerfen, die wichtige Punkte eines Bildungsstreikes wie Planung, Ansprechpartner, Gefahren und Rechtslage enthält.

„Was ist linke Bildungspolitik“ war das nächste Thema, dem sich die LAG stellte. Als essenzielle Punkte kristallisierten sich Selbstverwaltung, Mitbestimmung, kostenfreie Bildung, Integration von Immigrantinnen und Immigranten sowie von Behinderten durch individuelle Bildung, Reformation des Bafögs und des Bachelor-Master Systems und die Gesamtschule als Teil des Systemwandels heraus. Leider erschienen nur wenige, so dass mehrere Inhalte auf das Pfingstcamp verschoben werden.

Falls ihr Fragen oder Interesse an der LAG habt, meldet Euch bitte bei Sebastian Walther unter [sewa_solid\[at\]gmx.de](mailto:sewa_solid[at]gmx.de)

Beim Bund ist alles doof...

In der „Bwild“, auf RTL.de sowie in weiteren Medien stößt ein Plakat der Linksjugend [solid] mit dem Titel „Beim Bund ist alles doof“ derzeit auf heftige

Kritik. Die Empörung richtet sich hierbei vor allem gegen die linke Bundestagsabgeordnete Yvonne Ploetz, deren Bürotür von dem Plakat geschmückt wurde, bis es schließlich polizeilich entfernt wurde.

Die heftigen Reaktionen, die das Türplakat „Beim Bund ist alles doof...“ des Abgeordnetenbüros von Yvonne Ploetz bei Teilen der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, kann nicht wirklich überraschen. Dazu Ploetz: „Natürlich provoziert die Karikatur. Und das soll sie auch. Provokationen bieten Raum für Debatten, die in einer Demokratie dringend nötig sind. Und das ist insbesondere an der Stelle mehr als geboten, an der sich FDP und CDU nicht nur mit Ihrer Politik gegen die Überzeugung von 70 Prozent der Bevölkerung stellen, sondern dabei das Leben unschuldiger Menschen aufs Spiel setzen. Ich wehre mich entschieden gegen die Auffassung, damit Soldatinnen und Soldaten zu verhöhn. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich möchte, dass sie schnellstmöglich unversehrt nach Hause kehren können. Wir brauchen endlich ein Umdenken in der Afghanistanstrategie. Krieg ist kein Mittel der Politik!“

Der Militäreinsatz in Afghanistan hat neben zivilen und militärischen Opfern auch schon 43 Bundeswehrsoldaten das Leben gekostet. Das muss in einer demokratischen Gesellschaft kritisch zum Thema gemacht werden können – in Wort, Schrift und auch mittels einer Karikatur.“

Dass diese öffentliche Debatte politisch nicht gewollt ist, zeigen nicht nur

die hysterischen Reaktionen mehr als deutlich, sondern auch, dass das Plakat polizeilich von der Tür des Abgeordnetenbüros entfernt wurde.

Das Plakat kann in der Bundesgeschäftsstelle von Linksjugend [’solid] bestellt werden. Kontakt unter www.linksjugend-solid.de

Auf zum Pfingstcamp 2010!

Auch dieses Jahr veranstaltet Linksjugend [’solid] Baden-Württemberg wieder das traditionelle Pfingstcamp. Vom 22. bis 24. Mai werden im Kesselberg/Rosa-Luxemburg-Haus bei St.Georgen (Richtung Villingen-Schwenningen) verschiedene Workshops und Vorträge angeboten, von Aufbau und Strukturierung von Ortsgruppen/sozialer Bewegungen über „Feminismus für Männer“ bis zu einem Vortrag bis zu Sozialismustheorie. Selbstverständlich wird auch gemeinsam gefeiert.



Zu Redaktionsschluss waren fast alle 40 Plätze schon vergeben, wer noch mitkommen will sollte sich also schnell bei [Johannes\[at\]solid-bw.de](mailto:Johannes[at]solid-bw.de) oder [lspr\[at\]solid-bw.de](mailto:lspr[at]solid-bw.de) anmelden. Wir finden auch eine Lösung, wenn alle Betten vergeben sind, zum Beispiel mit Isomatten oder ähnlichem. Vollverdiener: 10 €/Tag/Person; Nichtverdiener: 5 €/Tag/Person. Für Verpflegung ist gesorgt!

Landesweiter Bildungs- und Aktionskongress



Auf zum landesweiten Bildungs- und Aktionskongress der Linksjugend [’solid] und DIE LINKE.SDS!!! Alle interessierten StudentInnen, SchülerInnen, PädagogInnen, WissenschaftlerInnen und Eltern sind eingeladen am 1. Landesweiten Bildungs- und Aktionskongress der Linksjugend [’solid] und DIE LINKE.SDS Baden-Württemberg teilzunehmen. An zwei Tagen wollen wir uns in Diskussionen, Workshops und Arbeitsgruppen mit den Problemen und Widersprüchen des Bildungssystems im Kapitalismus auseinandersetzen, Möglichkeiten des politischen Widerstands erörtern und Rückschlüsse ziehen für die Gestaltung einer progressiven Transformation des jetzigen Zustands im Bildungssystem.

Unter anderem sind AktivistInnen

aus der 68er-Bewegung, WissenschaftlerInnen und heutige BildungsstreikaktivistInnen aus dem In- und Ausland eingeladen, um den Kongress erfolgreich werden zu lassen. Weitere Informationen folgen in den nächsten Wochen.

Smash capitalist school system!!
Beginn: Freitag, 25. Juni um 17 h. Ende: Samstag, 26. Juni um 19 h. Ort: Universität Stuttgart. Weitere Infos auf <http://bildungskongressbw.blogspot.de/>

Neuer Aufkleber

Pünktlich zu den bevorstehenden Aktionen gibt es nun einen neuen Aufkleber zum Bildungsstreik. Dieses und weitere Aufklebermotive können über die Landesgeschäftsstelle von Linksjugend [’solid] bestellt werden, gerne auch über E-Mail an [info\[at\]solid-bw.de](mailto:info[at]solid-bw.de)



Regionaltreffen Linksjugend [’solid] Pforzheim und Ludwigsburg

Am Freitag den 9. April trafen sich die Basisgruppen der Linksjugend [’solid] Pforzheim und Ludwigsburg zu einem Regionaltreffen in Vahingen/Enz. Die jungen GenossInnen einigten sich darauf, Anfang September einen Thementag zum Thema Afghanistankrieg und Imperialismus zu organisieren. Danach gab es einen Vortrag sowie eine Diskussion zum Thema „Neoliberale Think Tanks und ihre Ideologie“. Die beiden Basisgruppen wollen ihre Zusammenarbeit und Kommunikation intensivieren.

Veranstaltung zum Thema Hartz IV in Bietigheim

Am 2. Juni veranstaltet der Ortsverband der LINKEN in Bietigheim-Bissingen und die Basisgruppe Linksjugend [’solid] Ludwigsburg einen Diskussionsabend zum Thema Hartz IV und prekäre Beschäftigung. Eingeladen sind Christa Cheval-Saur, die bei Verdi Beratungen

für Hartz IV-Empfänger anbietet, sowie Anne Jeziorski, die in der Ludwigsburger LINKEN aktiv ist und im Arbeitslosenzentrum in Ludwigsburg arbeitet. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr im Gasthaus zum Bären in Bietigheim-Bissingen. Der Eintritt ist frei. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

„Lächeln statt Strahlen!“

Windig war’s, als die Demonstrierenden das AKW Neckarwestheim am 21. März mit dem wohl längsten Banner der Antiatomkraft-Bewegung umzingelten. Zahlreiche Bündnispartner hatten zu einer großen Kundgebung vor dem Atomkraftwerk gerufen. Mit dabei war DIE LINKE, Linksjugend [’solid], der BUND, andere Oppositionsparteien und deren Jugendorganisationen, sowie regionale Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen. Daneben hatten Linksjugend [’solid] sowie FAU Stuttgart und das Libertäre Bündnis Ludwigsburg mit einem eigenen Aufruf auf sich aufmerksam gemacht.

Der AKW-Betreiber EnBW machte unterdessen mit einem riesigen Werbewürfel auf die vermeintliche Sinnhaftigkeit der Atomenergie aufmerksam. Für die Demonstrierenden die reinste Provokation und so erklimmen die AktivistInnen von Robin Wood den gigantischen Würfel und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift „Lächeln statt Strahlen“. Am Rande der Kundgebung versammelten sich Linksjugend, Grüne Jugend und Jusos zu einem spontanen Liege-Flash-Mob vor dem Eigensbereich des AKW. Teilweise kam es auch zu Angriffen mit Klopapier und Papprollen gegen den giftigen Koloss.

Die Staatsorgane blieben weitgehend ruhig und die Kraftdemonstration der AktivistInnen löste sich nach etwa zwei Stunden auf. Mit bis zu 5.000 TeilnehmerInnen war die Aktion wohl eine der größten in Neckarwestheim.

Auftakt zum Bildungsstreik in Ulm

Anfang Juni findet erneut ein bundesweiter Aktionstag der Bildungsstreikbewegung statt. In Ulm gab es dazu bereits



Ende April einen ersten Vorgeschmack.

Mit einer Demonstration zogen die BildungsprotestlerInnen durch die Stadt und an mehreren Schulen vorbei, wo sich viele Schülerinnen und Schüler spontan dem Demonstrationzug anschlossen. Gemeinsam zogen die Demonstranten zum Rathaus und skandierten „Bildung weg – Tasche leer – CDU, danke sehr!“

Am nächsten Tag fand an der Universität Ulm eine Vollversammlung der Studierenden statt. Nahezu einstimmig beschlossen die Anwesenden Forderungen zur Abschaffung von Studiengebühren, Leistungspunktgrenzen, Zulassungsbegrenzungen und der Maximalstudiendauer und forderten zudem eine grundlegende Reformierung des Bachelor-Master-Systems.

Am darauffolgenden Tag wurde mit einem 24-Stunden „Turbo Bachelor“ satirisch auf die Verkürzung des Studiums durch die Bachelorisierung aufmerksam gemacht. ProfessorInnen und andere DozentInnen hielten 24 Stunden ohne Pause Vorlesungen aus den verschiedensten Fächern. Studierende, welche dies trotz

Schlafentzug durchhielten, bekamen am nächsten Tag den Studienabschluss „Bachelor of Nothing“ verliehen.

Leonberg Jugendhausfreie Zone? Ohne uns!

Die Stadt Leonberg will zum 1. Oktober 2010 alle fünf existierenden Jugendhäuser schließen und die dort angestellten pädagogischen Mitarbeiterinnen entlassen. Begründet wird dieser Vorschlag von der Stadtverwaltung mit der allgemein prekären Haushaltslage der Stadt Leonberg und der daraus resultierenden Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung.

Kindern und Jugendlichen in Leonberg und Umgebung würde somit jede Treffmöglichkeit genommen. Die öffentlich geförderte Jugendarbeit in dieser Region stünde de facto vor dem Aus.

Die Linksjugend [solid] solidarisiert sich mit dem Verein Jugendhaus Leonberg e.V. und seiner Forderung nach komplettem Erhalt aller Jugendhäuser in Leonberg.

Kommentar von Michael Schlecht, MdB – Die Linke, 12. Mai 2010

„...und jetzt brennt der Euro“

Kaum war die Kredithilfe für Griechenland im Parlament durchgepeitscht, verschärfte sich die Spekulation gegen den Euro. Die Sitzung der EU-Ministerpräsidenten am Freitagabend



wurde zum Krisengipfel. Über das Wochenende musste ein Rettungspaket her. Insgesamt umfasst dies 750 Milliarden Euro. 60 Milliarden direkte Hilfen der EU und 440 Milliarden Euro an Kredithilfen. Zusätzlich stellt der IWF weitere 250 Milliarden Euro bereit.

Merkel ist die Getriebene. Unter dem Druck der Spekulanten ließ sie Vorbehalte unter den Tisch fallen lassen, mit denen sie noch vor wenigen Wochen eine rechtzeitige Hilfe für Griechenland verhindert hat. Im EU-Vertrag sind finanzielle Hilfen, also auch Kredite zwischen den Staaten eigentlich ausgeschlossen. Jetzt hat man eine Ausnahmeregelung uminterpretiert. Bislang war es zudem unvorstellbar, dass die EZB Staatsanleihen der Mitgliedsländer direkt aufkauft und damit stützt. Nach politischem Druck und möglicherweise eigener Einsicht hat jetzt die EZB direkt Staatsanleihen aufgekauft.

Dies sind Schritte in die richtige Richtung. Jedoch sperrt sich die Kanzlerin weiter gegen Eurobonds, um die Zinsen zu drücken. Auch sind bislang

keine Schritte erkennbar, die Spekulation zu unterbinden, die alles nur noch schlimmer bzw. teurer macht. Vor allem: den tieferliegenden Ursachen wird nicht Rechnung getragen.

Deutsche Unternehmer haben aufgrund des deutschen Lohndumpings seit 2000 einen Außenhandelsüberschuss von 1,3 Billionen Euro erzielt. Dies führte zu einer Verschuldung anderer Länder, dies sich mittelbar auch in Gestalt von wachsenden Staatsdefiziten auswirkte. In Europa sind dies vor allem die Südländer. Deshalb geraten sie auch als erste ins Visier der Finanzmärkte.

Hinzu kommt, dass die Verschuldung der großen Industriestaaten im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise dramatisch angeht. Allein in Deutschland geht die Hälfte der neuen Schulden von 180 Milliarden Euro seit 2008 auf das Konto der Bankenrettung. In anderen Ländern sieht die Lage viel dramatischer aus.

Wir brauchen vor allem eine Wirtschaftspolitik, die auf außenwirtschaftlichem Gleichgewicht beruht. Die Binnennachfrage muss in Deutschland angekurbelt werden durch höhere Löhne und staatliche Investitionsprogramme. Außerdem muss die Verschuldung bekämpft werden. Die Linke hat in der Krise schon immer gefordert, dass die Reichen die Kosten der Krise bezahlen sollen. Stattdessen wurde alles auf Pump finanziert. Die Reichen sind zu reich und die Staaten zu arm. Wegen des Lohndumpings und der vielen Steu-

ergeschenke. Ungerecht war das schon immer, jetzt wird es zum wirtschaftspolitischen Problem.

Wir brauchen eine massive Besteuerung von Reichen und Vermögenden. Zum Beispiel durch die Millionärsteuer. Sie bringt allein 80 Milliarden Euro. Und die Finanztransaktionssteuer, die in Deutschland mehr als zehn Milliarden Euro einbringen kann, europaweit 70 Milliarden. Darüber hinaus muss geprüft werden, ob die generelle Beschneidung der Forderungen der Gläubiger gegen Euro-Staaten machbar ist – und zwar europaweit. Auch hierzu brauchen wir die Vergesellschaftung der privaten Banken.

www.michael-schlecht-mdb.de

Finanztransaktionssteuer statt Armutsverschärfung!

Annette Groth, Menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Sprecherin der LAG Europa Baden-Württemberg

Das den Griechen aufgezwungene drakonische Sparpaket erinnert sehr an die Struktur Anpassungsprogramme, die in den 1980er und 1990er Jahre zahlreichen Staaten in Afrika, Lateinamerika und Asien gegen Kreditzusagen von Weltbank und IWF aufoktroiert wurden. Auch diese Länder mussten Einsparungen im Sozialsektor wie z.B. Bildung und Privatisierungen öffentlicher Güter vornehmen, um dringend benötigte Finanzmittel zu erhalten. Das hat maßgeblich zur Armutsverschärfung beigetragen. Das gleiche droht jetzt in Griechenland. Dort werden Renten und Löhne um 20% gekürzt, sollen Staatsunternehmen privatisiert werden, wird die Mehrwertsteuer auf 23% erhöht, damit die EU-Mitgliedsstaaten und der IWF Finanzhilfen gewähren. Durch das Zögern der Bundeskanzlerin, die dringend benötigten Finanzen für Griechenland freizugeben, haben sich die Kreditkosten für Griechenland weiter erhöht. Ein lukratives Geschäft für Spekulanten!



2009 wurden schon in den baltischen Staaten und in Ungarn die Löhne und Renten um bis zu 20% gesenkt und andere Sparmaßnahmen verabschiedet. Wenn nicht schleunigst die Regulierung der Finanzmärkte sowie der Ratingagenturen erfolgt, könnte es noch weitere Opfer geben. Solange es die „finanziellen Massenvernichtungswaffen“ in Form

von Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufen auf den Finanzmärkten gibt, geht die Spekulation weiter. Jetzt kommen Spanien und Portugal unter Druck, Portugals Regierung hat bereits das Arbeitslosengeld gekürzt und will jetzt die Sozialausgaben einer strengen Prüfung unterziehen.

In Irland wurden bislang Giftpapiere im Nennwert von 81 Milliarden von insgesamt 533 Milliarden Ausständen in eine staatliche Bad Bank zusammengefasst. Durch die Bankenrettung ist das Haushaltsdefizit auf 11 Prozent gestiegen. Nach massiven öffentlichen Kürzungen im letzten Jahr, stehen nun weitere Lohnsenkungen von 8%, die Anhebung des Rentenalters von 65 auf 68 Jahre und der Abbau von 20.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor an!

In Deutschland bereitet das Gerede von der „römischen Dekadenz“ des Herrn Westerwelle und dem „Sozial-schmarotzertum“ der angeblich arbeitsunwilligen Hartz-IV EmpfängerInnen den Boden für Kürzungen auch bei uns. Das griechische Sparprogramm könnte die Blaupause für eine deutsche Agenda

2020 sein, die derzeit in Griechenland erprobt wird. Darum müssen wir uns gemeinsam mit den Griechen, Spaniern und Portugiesen gegen die drakonischen Sparmaßnahmen wehren, die vor allem RentnerInnen, Arbeitslose und lohnabhängig Beschäftigte betreffen.

Letzte Woche hat die Banken-Lobby weithin unbemerkt einen großen Sieg errungen. Die für 2011 geplante Eigenkapitalerhöhung um das Vierfache (Banken sollten ihre Wertpapiere im Handelsbuch mit viermal soviel Eigenkapital unterlegen), ist vom Europäischen Parlament gekippt worden. Das ist ein Freibrief für weitere Spekulationen, denn „wenn Finanzinstitute riskante Papiere mit eigenem Geld unterlegen müssen, sinkt ihr Risikoappetit.“ (Financial Times Deutschland, 29.4.2010)

Die Durchsetzung einer effektiven Reichensteuer und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sind wichtiger denn je. Darüberhinaus fordert Die LINKE eine Banken- und Versicherungsabgabe nach US-Vorbild mit Ausnahme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Kriegseinsatz heißt töten

Heike Hänsel, MdB, im „Schwäbischen Tagblatt“ vom 9. April 2010 zum Tod von afghanischen Zivilisten und Bundeswehrosoldaten.

Jetzt werden von allen Parteien Forderungen laut nach besserer Ausstattung, besserer Ausbildung und mehr Kriegsgeschütz für die Bundeswehr.

Die Bundeswehr befindet sich im Kriegseinsatz in Afghanistan, das heißt auch, dass die Soldaten dort Menschen töten und selbst getötet werden. Das ist das Wesen des Krieges, und genau deshalb lehnt Die Linke diesen Einsatz ab. Eine noch so gute Ausrüstung wird Tod und Leid nicht verhindern können. Die beste Möglichkeit, das Leben zu schützen, ist, die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Dies war auch die zentrale Forderung der diesjährigen Ostermärsche am vergangenen Wochenende: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“.

Damit verbunden war auch die Kritik an der Kooperationsvereinbarung des baden-württembergischen Kultusministeriums mit der Bundeswehr. Diese sieht den Einsatz von Jugendoffizieren an



Heike Hänsel sprach beim Ostermarsch 2010 in Stuttgart.

Schulen und in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und ReferendarInnen vor. Eine direkte Möglichkeit für die Bundeswehr um, laut eigener Angaben, den Wandel der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee hin zu einer Armee im Einsatz den SchülerInnen begreifbar zu machen.

Die Bundeswehr sucht dringend Nachwuchs, gleichzeitig trägt die schlechte Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation dazu bei, dass immer mehr junge Menschen und Erwerbslose aus sozialen Gründen zur Bundeswehr gehen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden! Auch dies sollte Thema von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sein, gerade auch zum 1. Mai, dem Tag der Arbeit aber auch der internationalen Solidarität, gegen Ausbeutung und Krieg. Für gute, existenzsichernde Arbeit, die menschenwürdig, gesellschaftlich wichtig und sinnstiftend ist. (...)

Bundestagsfraktion DIE LINKE zur Finanzkrise

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Die Antwort auf die griechische Finanzkrise muss Helfen und Regulieren sein. Die privaten Profiteure und Verursacher der griechischen Finanzkrise müssen in die Pflicht genommen werden. Finanzielle Hilfe für die Hellenische Republik sowie die Rücknahme der Auflagen von Euro-Zone und Internationalem Währungsfonds sind notwendig, um eine lang anhaltende Depression der griechischen Volkswirtschaft zu verhindern. Zugleich müssen Regulierungsmaßnahmen gegenüber den Finanzmärkten ergriffen werden (...)

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Credit Default Swaps (CDS) und Leerverkäufe in Deutschland sofort zu verbieten, sowie sich auf internationaler und EU-Ebene für deren Verbot einzusetzen;
2. auf nationaler Ebene umgehend die Finanztransaktionssteuer einzuführen, sowie sich auf internationaler und EU-Ebene für deren Einführung einzusetzen;
3. eine Banken- und Versicherungsabgabe nach US-Vorbild unter Ausnahme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken einzuführen, die zu Mehreinnahmen von mindestens 9 Milliarden Euro jährlich für die öffentlichen Haushalte führt;
4. auf nationaler und EU-Ebene ein Moratorium für griechische Staatsschuldentitel herbeizuführen, bei dem die Eigentümer für mindestens drei Jahre den Schuldendienst aufschieben, sowie zu prüfen, ob eine Umschuldung der griechischen Staatsschulden und die Verpflichtung der privaten Großbanken zum Halten von griechischen

Staatsschuldentiteln als Zwangsanleihe zur dauerhaften Entlastung der öffentlichen Finanzen Griechenlands beitragen können;

5. eine Sonderabgabe auf hohe Boni in der Finanzbranche zu erheben;

6. die von IWF und EU Griechenland aufgezwungenen Bedingungen abzulehnen und stattdessen auf die griechische Regierung einzuwirken die Konsolidierung des Haushaltes vor allem durch folgende zwei Maßnahmen sicherzustellen:

a. die Rüstungs- und Militärausgaben sind rasch und deutlich zurückzuführen sowie ein Importverbot von Rüstungsgütern einzuführen. Parallel dazu ist von der Bundesregierung ein vollständiges Exportverbot von Rüstungsgütern in Angriff zu nehmen.

b. Reiche und Vermögende sind deutlich stärker als bislang zu besteuern, der Steuervollzug ist sicherzustellen und die Korruption ist wirksam zu bekämpfen;

7. eine grundlegende Richtungsänderung ihrer auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik einzuleiten, insbesondere das deutsche Lohndumping zu beenden und grundlegende Strukturreformen in der EU und der EURO-Zone voranzutreiben, die die EU-Länder auf ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und eine koordinierte Wirtschafts-, Lohn- und Steuerpolitik verpflichten. In diesem Zusammenhang muss sich die Bundesregierung für entsprechende Änderungen in den europäischen Verträgen einsetzen.

Berlin, den 6. Mai 2010, Dr. Gregor Gysi und Fraktion (aus dem Gesetzentwurf)



Über 1500 Menschen beim Ostermarsch in Stuttgart

Zum 50 jährigen Jubiläum des Ostermarsches fanden sich fast 2000 Menschen zum Protest gegen Krieg und Militarisierung ein. Auch weiterhin trägt der Afghanistan-Krieg maßgeblich zur Politisierung vieler Menschen bei.

DIE LINKE beteiligte sich intensiv auf allen Ebenen des diesjährigen Ostermarschs in Stuttgart. Tobias Pflüger machte vor dem Kreiswehersatzamt deutlich, dass die Bundeswehr an unseren Schulen nichts verloren hat. Die Bundeswehr schreckt nicht davor zurück, die wirtschaftliche Lage auszunutzen, um für Ihre Zwecke auch in Jobcentern zu werben. Dagegen sprechen wir uns deutlich aus und sagen „Bundeswehr raus aus Schulen und Jobcentern!“.

Heike Hänsel moderierte die Abschlusskundgebung auf dem Schloss-

platz und rief auch zu einer Schweigeminute für die Opfer des Krieges in Afghanistan auf. Erst gestern sind wieder drei deutsche Soldaten in Afghanistan ums Leben gekommen. Das Leid, das die Angehörigen dieser drei Soldaten erleben, ist für unzählige Menschen in Afghanistan zu einem traurigen Alltag geworden. Täglich fallen in Afghanistan Zivilisten Drohnenangriffen und anderen Kampfhandlungen zum Opfer. Auch Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisation (IMI) thematisierte in ihrer Rede die Leidtragenden dieses Krieges.

Nach wie vor ist DIE LINKE die einzige außer- und innerparlamentarische Kraft, die sich entschlossen gegen die Beteiligung an Kriegen ausspricht. Dazu ist auch ein Verbot deutscher Rüstungsexporte nötig.

*Dagmar Uhlig,
DIE LINKE KV Stuttgart*

Friedenspolitischer Ratschlag der Landes-AG Frieden in Freiburg

„Krieg und Krise“ lautete das Thema der halbtägigen Konferenz, die die Landes-AG Frieden der LINKEN Baden-Württemberg am 10. April in Freiburg abhielt. Mehr als 50 Gäste aus der Friedensbewegung, darunter zahlreiche LINKE-Mitglieder aus ganz Baden-Württemberg, hielten Ratschlag über den Stand der Militarisation in Deutschland und den Krieg in Afghanistan.

Jürgen Grässlin, Vorsitzender des

Rüstungsinformationsbüros in Freiburg, prangerte die Rüstungsproduktion bei Daimler und seinen Beteiligungskonzernen sowie von Heckler & Koch als die größten Waffenexporteure an, die Millionen Tote in Kauf nehmen. Weitere Referate hielten Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisation (IMI) Tübingen und Bundessprecherin der BAG Frieden und Internationale Politik sowie Alexander Kauz (Gewerkschafter).

Wie im Zeichen der Weltwirtschaftskrise Produktionsstätten von Waffen und anderen Rüstungsgütern zu zivil nützlichen Unternehmen konvertiert werden können und welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen können und müssen, war Schwerpunkt der Diskussion im ersten Teil der Konferenz.

Nachmittags beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit der zunehmenden Militarisation der Bildung an Schulen und Hochschulen durch sog. Jugend-

offiziere der Bundeswehr und ihre verarmlosenden und propagandistischen Unterrichtsmaterialien. Tobias Pflüger (IMI) und Thomas Haschke (Sprecher der LAG Frieden) hielten die Eingangreferate.

Wie der Militarisation der Bildung entgegengetreten werden kann, zeigen Beispiele aus der Region; während des Bildungsstreiks demonstrierten in Freiburg SchülerInnen und Studierende gemeinsam mit Eltern und Lehrkräften gegen die Bundeswehr an der Schule. Veranstaltungen der Nato bzw. der Bundeswehr an den Universitäten in Freiburg und Konstanz wurden von Studierenden gewaltfrei blockiert.

Die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Christine Buchholz traf Anfang Februar Angehörige der Opfer des von einem deutschen General angeordneten Bombardements von Zivilisten in der Nähe von Kundus und berichtete am Abend von dieser Reise. Die erschütternden Berichte von den Grausamkeiten, die den Opfern des Massakers durch die Bundeswehr angetan wurden, forderten zur Debatte, wie der Krieg beendet werden kann.

Einmütig wurde der Rückzug der deutschen Bundeswehr gefordert und die Konfrontation der Kriegsbefürworter mit den Konsequenzen des Krieges als Möglichkeit gesehen, dem Willen zum Frieden der Mehrheit der Bevölkerung zur Durchsetzung zu verhelfen.

„Klimakonferenz der Völker“ in Cochabamba /Bolivien „Planeta o Muerte!“



Evo Morales und Hugo Chávez sehen im Sozialismus die einzige Chance, das Überleben der Menschheit zu sichern.

Die mehr als 35000 Teilnehmer der ersten „Weltkonferenz der Völker über den Klimawandel und die Rechte der Mutter Erde“ im bolivianischen Cochabamba schlagen Alarm. „Die Zukunft der Menschheit ist in Gefahr“, wird in der von 27 Arbeitsgruppen formulierten Abschlusserklärung vor den Auswirkungen des Klimawandels gewarnt. Zur Verteidigung der Menschenrechte und der „Harmonie mit der Natur“ sei es notwendig, die „Rechte der Mutter Erde“ bindend festzuschreiben. Dazu gehörten das Recht auf Leben, die Sauberkeit von Luft und Wasser sowie der Schutz vor Verschmutzung und Genmanipulati-



onen. Über die Einhaltung dieser Rechte soll ein internationales Klimagericht wachen. Mit einem weltweiten Referendum soll außerdem festgestellt werden, ob die Menschheit tatsächlich einen „zerstörerischen Kapitalismus“ wolle, für den die Menschen „nur Konsumenten und Arbeitskräfte“ sind.

Ganz in diesem Sinne gab Boliviens Präsident Evo Morales bei seiner Rede auf der Abschlussveranstaltung des Treffens am Donnerstag (Ortszeit) als Ziel einen „Sozialismus in Harmonie mit der Mutter Natur“ aus, und antwortete so auf Kritiker, die in dem an Gas, Eisenerz und Lithium reichen Land eine rücksichtslose Industrialisierung befürchten. In Anlehnung an den alten Kampfruf „Patria o Muerte!“ (Heimatland oder Tod!) rief Boliviens erster indigener Präsident ein „Planeta o Muerte!“ in die Menge.

Nach den Erfahrungen der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, bei der sich die G-8-Staaten mit ihrer „Kopenhagener Vereinbarung“ über die übrige Staatengemeinschaft hinweggesetzt hatten, müsse die Diskussion über Gründe und Folgen des Klimawandels endlich demokratischer werden, war der vorherrschende Tenor des Treffens. Dieses Thema dürfe nicht einer kleinen Gruppe von „Regierungen und Unternehmen der sogenannten entwickelten Länder in Komplizenschaft mit einem Teil der Wissenschaftsgemeinde“ überlassen werden, heißt es in der Abschlusserklärung. Der Klimawandel könne nicht allein auf das „Problem des Temperaturanstiegs“ reduziert werden, vielmehr müsse das kapitalistische System als seine eigentliche Ursache in Frage gestellt werden. „Einzig und allein die Völker, wir alle“, dürften entscheiden, wie es mit dem blauen Planeten weitergeht.

Von Benjamin Beutler/ JW

Neckarwestheim endlich abschalten!

Unter diesem Motto riefen 35 Verbände, Initiativen, Stiftungen und Parteien – darunter auch DIE LINKE. – am 21. März, zu einer Anti-Atom-Großkundgebung mit dem längsten Anti-Atom-Banner der Welt auf. Die Veranstalter forderten die Bundes- und Landesregierung auf, alle Atomkraftwerke abzuschalten – allen voran Neckarwestheim und Biblis – und sich für die regenerativen Energien stark zu machen.

Neckarwestheim steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Der Betreiber des AKW Neckarwestheim, der Energieversorger EnBW, hat zugegeben, dass er in den nächsten Monaten den Block I nur mit reduzierter Leistung fahren will. Damit zeigt er, dass er darauf setzt, dass die Bundesregierung im Rahmen des neuen Energiekonzeptes

dem Uralreaktor eine Laufzeitverlängerung geben wird.

DIE LINKE. unterstütze nicht nur den Aufruf zur Kundgebung, die umliegenden Kreisverbände Heilbronn und Ludwigsburg beteiligten sich auch mit einem Infostand auf dem Kundgebungsgelände. Unter den fast 5000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren auch viele Mitglieder aus unserer Partei.

Walter Kubach

Ulrich Maurer war Hauptredner des DGB am 1. Mai 2010 in Göppingen

Das war ein Novum in Göppingen. Der DGB hatte diesmal einen LINKEN als Gastredner eingeladen. Vor rund 600 Zuschauern, wesentlich mehr als in den Vorjahren, was am Redner lag, wie die Zuschauer sagten, hielt Uli eine Rede die den Menschen aus dem Herzen sprach.

Vor allem bei den Themen Niedrig- und Hungerlöhne versus Mindestlohn gab es spontanen Zwischenapplaus. Er prangerte die Agenda 2010 und Hartz IV als angstmachendes System an, das die Menschen in den Betrieben kampfunfähig macht. Er erntete großen Beifall mit der Forderung „Hartz IV muss weg“. Uli ging auf unser selektierendes Schulsystem, auf die Jugendarbeitslosigkeit und den Schutzschirm für Banken ein. Bei der Forderung nach dem Abzug unserer Truppen aus Afghanistan, bekam er Zustimmung quer durch alle Parteien und Gruppierungen.



Er sorgte auch für Erheiterung, als er seine und Frau Merkels Vita vorstellte. Er, der ausgewiesene Linksradikale, war in seiner Jugend Oberministrant. Frau Merkel, eine herausragende Widerstandskämpferin, dagegen Propagandasekretärin bei der FDJ.

Zum Abschluss forderte er Solidarität und rief in die Zuhörermenge: „Wir stehen auf gegen die, die uns unterdrücken!“ Was langanhaltenden Beifall und Aufbruchsstimmung auslöste.

Sabine Rösch-Dammenmiller

KiBlegg: 1. Mai-Feier der LINKEN

Mit einer eigenen Feier beging DIE LINKE in der Region Bodensee-Oberschwaben den 1. Mai. Der Kreisvorsitzende von Ravensburg, Reinhard Gumz, zog eine positive Bilanz: „Wir hatten dabei Gelegenheit, auch mit „neuen“ Menschen ins Gespräch zu kommen und Interesse zu wecken. Drei Interessierte sind an uns herangetreten, die in die Partei eintreten wollen.“ Als Gastredner sprach Xaver Merk (NGG). Für die musikalische Unterhaltung sorgte das Pfänder-Trio aus KiBlegg.



DIE LINKE. auf dem Mannheimer Maimarkt

Wie bereits im letzten Jahr war DIE LINKE mit einem eigenen Messestand auf dem Mannheimer Maimarkt dabei. Mit rund 400.000 Besuchern, gilt er als die größte regionale Verbrauchermesse Deutschlands.

DIE LINKE hat sich an jedem der elf Messetage durch ein eigenes Thema präsentiert. Highlights waren die Besuche der Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Michael Schlecht. Damit präsentierte DIE LINKE als bundespolitische Kraft.

Einige Thementage besetzten Genossinnen und Genossen außerhalb des Kreisverbandes Mannheim, so etwa aus Ludwigshafen, Rhein-Neckar, Karlsruhe und Pforzheim. Und auch die Linksjugend [solid] informierte an einem eigenen Thementag über das Thema Jugendpolitik sowie die Nachwuchsrekrutierung der Bundeswehr an Schulen.

Nächstes Jahr findet der Mannheimer Maimarkt wieder statt und auch wir werden wieder vertreten sein. Wegen der überregionalen Bedeutung wollen wir 2011 auch Kreisverbände, Mandatsträger und LAGs aus Rheinland-Pfalz, Hessen und natürlich auch aus dem Rest Baden-Württembergs einladen, sich zu beteiligen.

Vadim Reimer, Mannheim

Tübinger Müllabfuhr bleibt kommunal

Die Tübinger Müllabfuhr wird nicht ausgeschrieben, sondern bleibt in kommunaler Verantwortung. Damit ist der Bestand der Arbeitsplätze im TVÖD gesichert. Das ist Ergebnis eines Kreistagsbeschlusses, der von CDU, SPD, Grünen und Linken am 12. Mai gefasst wurde, gegen Stimmen der Freien Wähler und der FDP. Die Gewerkschaft Verdi und die Tübinger LINKE haben ein Jahr lang gegen die drohende Privatisierung gestritten. Hier der Beitrag von Kreisrat Bernhard Strasdeit in der „Kreisecke im Schwäbischen Tagblatt“ am Tag vor der Abstimmung.

Kommunal vor privat!

Wird die Tübinger Müllabfuhr an private Anbieter ausgeschrieben, wird es schlechter und teurer für alle. Private Müllentsorger liefern sich einen gnadenlosen Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Im Tarif des öffentlichen Dienstes (TVÖD) verdienen sich Müllwerker keine goldene Nase, haben aber auskömmliche Löhne. Seriöse Entsorgungsfirmen zahlen immerhin den schlechteren Entsorgungstarif (BDE). Aber diese konkurrieren wieder mit Billiganbietern, die mit 400 Euro Jobs und Hungerlöhnen hantieren. Müllentsorgung ist harte Arbeit. Wer dafür nur 8,02 Euro in der Stunde zahlt, gehört bestraft. Von

Lohnarbeit muss man leben können! Wie soll ein Beschäftigter von knapp 1300 Euro Brutto im Monat eine Familie ernähren? Der Landkreis Tübingen kann kein Interesse daran haben, dass über Vergaben an Abzocker der Niedriglohnssektor ausgeweitet wird und das dabei gesparte Geld mit der anderen Hand für aufstockende Sozialleistungen ausgegeben werden muss.

Die Tübinger Müllabfuhr muss in öffentlicher Hand bleiben. Den bewährten Service und die Extraleistungen, etwa beim Winterdienst, wird es bei Privaten nicht geben. Zusätzlich streben wir eine Kommunalisierung der Entsorgung auf Kreisebene an. Wir sind dann kompromissbereit, wenn die Arbeitsplätze im Restkreis wenigstens beim regionalen Anbieter mit BDE-Tarif verbleiben.

In der Stadt werden Reinigungsdienste und Azubis aus den öffentlichen Tarifen gedrückt. Gut, dass Herr Lucke und Frau Patzwahl bei den Müllwerkern jetzt eine andere Linie fahren. Alle Tübinger Rathausparteien haben zugesagt, die bisherige Regelung beim Müll fortzuschreiben. Wir erinnern CDU und FDP an ihre Zusagen. Und wir fordern die Freien Wähler (FWV) auf, morgen im Kreistag über ihren Schatten zu springen. Damit die Bürgermeister der Kreisgemeinden ihre Bedenken zurückstellen, mache ich einen kreativen Vorschlag, Stichwort: preisgünstige Schülerbeförderung für Werkrealschüler.

Alle Kreistagsfraktionen könnten dem vernünftigen Antrag der FWV beitreten, bei den Schülerbeförderungskosten die Schüler der Klassenstufe 5 – 9 der neuen Werkrealschulen den Hauptschülern gleichzustellen. Auf den ersten Blick hat das eine mit dem anderen nichts zu tun. Für uns schon: bei beiden Themen geht es um die Verantwortung des Landkreises für den Erhalt sozialer Standards.

Bernhard Strasdeit, Kreisrat der LINKE

Gemeinderat Rottenburg beschließt einstimmig Rettungsschirm für die Kommunen!

Seit 1949 war die Finanzlage der Kommunen nicht so katastrophal wie jetzt. In diesem Jahr erwarten sie ein Defizit von 12 Mrd. Euro, 2011 bis 2013 bleiben die Milliardendefizite zweistellig, selbst wenn es einen Wirtschaftsaufschwung gäbe. Denn neben den fehlenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an Gemeinschaftssteuern bürdet der Bund den Kommunen bei den Unterkunftskosten für Bezieher von ALG II (Hartz IV) und bei der Eingliederung von Behinderten immer neue Kosten auf. Die Stuttgarter Landesregierung verletzt immer wieder das Konnexitätsprinzip („wer bestellt, muss

Finanznot der Kommunen ist nicht hausgemacht!

Bund und Länder tragen Hauptverantwortung für sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben!

Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der kommunalpolitischen Konferenz „Zukunft der Kommunalen Selbstverwaltung“ am 27./28. März 2010 in Essen

Die Finanzlage vieler Städte, Gemeinden und Landkreise ist alarmierend. Viele Kommunen befinden sich am Rande des Bankrotts. Das Fundament des Staates gerät ins Wanken, wenn sich an der Finanzausstattung der Kommunen nicht grundlegend etwas ändert. Angesichts der milliardenschweren Bankenrettung durch Bundesmittel ist es blanker Hohn, dass nicht die leisesten Anstrengungen unternommen werden, die Schlaglöcher in den kommunalen Haushalten zu beseitigen!

Hauptursache für die prekäre Lage der Kommunalfinanzen ist eine Steuersenkungspolitik beginnend unter Rot-Grün, über Rot-Schwarz bis hin zu Schwarz-Gelb, d.h. seit nunmehr gut 10 Jahren. Folgen sind: eine gigantische Umverteilung von unten nach oben und Milliarden an Einnahmeverlusten für die öffentliche Hand.

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise spitzt sich die Finanzlage der Kommunen weiter zu. Die bereits heute hohe kommunale Verschuldung steigt in einem für die Existenz der Städte und Gemeinden bedrohlichem Ausmaß. Bund und Länder wälzen dennoch weitere Aufgaben und Lasten auf die Kommunen ab. Die Steuergeschenke der schwarz-gelben Regierungen werden zu einem erheblichen Teil die Kommunen

aufbringen müssen, denen schon jetzt die Luft zum Atmen fehlt.

In diesem Jahr befürchten die Kommunen ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro. Das wäre fast die Hälfte mehr als das Defizit von 8,4 Milliarden Euro in der bisher schwersten kommunalen Finanzkrise im Jahr 2003. Auch in den Jahren 2011 bis 2013 werden zweistellige Milliardendefizite erwartet. 2009 sind die kommunalen Einnahmen um etwa 3,6 Milliarden Euro auf 171,3 Milliarden zurückgegangen. Die Ausgaben stiegen um 8,5 Milliarden auf 175,75 Milliarden.

Durch die Steuergesetzgebung der rot-schwarzen Bundesregierung – und insbesondere durch zwischen November 2008 und Juli 2009 vorgenommene Änderungen – werden die Kommunen im Zeitraum von 2009 bis 2013 Mindereinnahmen von 19,846 Mrd. Euro haben.

Die Sozialausgaben der Kommunen stiegen 2009 erstmals auf rund 40 Milliarden Euro – beinahe doppelt so viel wie kurz nach der Wiedervereinigung. 2010 wird ein weiterer Anstieg um fast 2 Milliarden Euro erwartet. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht. Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbau der Kindertagesbetreuung – alles gesamtstaatliche Aufgaben – werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

DIE LINKE fordert zur Stärkung der Kommunalfinanzen:

Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt (z.B. Vermögens- Millionärs- sowie Transaktionssteuer) als auch eine Neuordnung der Finanzen

bezahlen“) und trägt zum kommunalen Finanzloch bei, indem sie die Kosten für die Kleinkindbetreuung künstlich herunterrechnet und den Kommunen 2007 bis 2010 über 1,2 Mrd. Euro aus dem Finanzausgleich vorenthalten hat.

Viele Gemeinderäte und OberbürgermeisterInnen wie in Reutlingen, Hüfingen, Osnabrück, Frankfurt am Main ziehen jetzt die Reißleine und fordern zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund einen „Rettungsschirm für Kommunen“, um deren Finanzen durch neue Einnahmen dauerhaft zu sanieren. Sie sind gegen die Orgie an

Antrag der Stadtratsfraktion BfH/ Die Linke (Rottenburg):

Der Gemeinderat der Stadt Rottenburg am Neckar unterstützt die Forderung von Frau Oberbürgermeisterin Bosch und den OberbürgermeisterInnen anderer Städte nach einer existenznotwendigen Erhöhung der Einnahmen. Der Gemeinderat tritt ein für einen „Rettungsschirm für Kommunen“, bezahlt von Bund und Land, damit sie ihre Pflichtaufgaben vollständig und dauerhaft erfüllen können.

Aus der Begründung: Unsere Fraktion hält die Einführung einer Vermögenssteuer für Millionäre und einer Transaktionssteuer für unbedingt erforderlich, um die Staatseinnahmen kräftig zu erhöhen.

Sozialkürzungen (Schwimmbäder, Büchereien, Schulessen) und Gebührenerhöhungen für Müllabfuhr, Kitas, wie sie viele Städteräte von CDU und FDP gegen die Bevölkerung betreiben. Denn Städte und Gemeinden sind die Keimzelle unserer Demokratie und bestreiten 80 Prozent aller öffentlichen Investitionen! Deshalb werden Sozialkürzungen sie nicht nachhaltig aus der Finanznot bringen. Nach einer neuen Studie besteht ein Investitionsbedarf von 704 Mrd. Euro, weil notwendige Maßnahmen in Schulen, Straßen und beim Abwasser über Jahre verschleppt worden sind.

In Rottenburg hat der Gemeinderat jetzt einstimmig auf Antrag der drei Stadträte von BfH/ Die Linke von der Landes- und Bundesregierung einen Rettungsschirm für Kommunen gefordert. Dies hatte OB Neher (CDU) zunächst brüsk abgelehnt. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Hagner hatte ihn als eine Maßnahme bezeichnet, die den deutschen Staat wie in der DDR an die ‚Mauer‘ fahren werde. Im Gemeinderat konnte die CDU-Fraktion den linken Antrag, der von SPD, Grünen und anderen unterstützt wurde, nur noch „erweitern“, Bund und Länder sollen die gesetzlichen Voraussetzungen für „nachhaltige und gesetzlich verankerte Finanzzuweisungen an die Städte und Gemeinden“ beschließen – 39 Stimmen dafür, eine Enthaltung.

Emanuel Peter, Stadtrat in Rottenburg

Erfolg für DIE LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Alternatives Mobilitätskonzept !

Einstimmig fiel am 8.3.10 der Beschluss im Verkehrsausschuss, das alternative Mobilitätskonzept der LINKEN als Maßnahmenkatalog in die Ausarbeitung des Regionalverkehrsplans einzubeziehen und den künftigen wettbewerblichen Vergabeverfahren zugrunde zu legen.

Damit öffnet sich der Verband der Region Stuttgart dem Gedanken der Vernetzung und Koordinierung alternativer Mobilitätsträger und -anbieter.

Dies sind hauptsächlich Angebote im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV), des Car-Sharings, des Fahrradverleihs und zukünftige Lösungen auf Basis der Elektromobilität.

Ziel ist ein attraktives Mobilitätsangebot aus einer Hand, das den Privat- und Firmen-PKW zurückdrängt. Dieser Meilenstein in der verkehrspolitischen Debatte besitzt großes Potential für eine umweltfreundlichere Mobilität im Ballungsraum Stuttgart.

Bei einer konsequenten Umsetzung könnte auf absehbare Zeit eine spürbare Entlastung für die Stuttgarter BürgerInnen und die Umlandkommunen eintreten, während die Bürgermeister und Landräte der Region ihre Schaukämpfe um die Luftreinhaltepläne der Landeshauptstadt austragen.

zwischen Bund, Ländern und Kommunen wie:

- Kompensationen der Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind, durch
 - Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder,
 - kommunale Investitionspauschale für Kommunen aus Bundesmitteln,
 - Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und Zinsmoratorium
- Gewerbesteuer zur Gemeindegewerbesteuer weiterentwickeln: Alle unternehmerisch Tätigen sind steuerlich einzubeziehen und die Bemessungsgrundlage gehört ausgeweitet!
- Aufgaben nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen übertragen: Bund und Länder dürfen Aufgaben auf Kommunen übertragen oder erweitern, wenn deren Zustimmung vorliegt und eine Finanzierung, die sich an den tatsächlichen Ausgaben ausrichtet – auch rückwirkend – gewährleistet ist.
- Bund angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen: Der Anteil des Bundes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende, des Ausbaus der Kindertagesbetreuung sowie des Angebots in Ganztagschulen, der Eingliederungshilfen sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit muss entscheidend erhöht werden.
- Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu ausgestalten: Das Steueraufkommen zwischen diesen Ebenen muss grundlegend anders verteilt werden. Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen muss deutlich erhöht werden.
- Schuldenbremse zurücknehmen: Die unter Schwarz-Rot durchgesetzte Schuldenbremse schränkt die Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Bund und Ländern massiv ein. Der damit verordnete Sparzwang geht auch zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit sowie der Generationengerechtigkeit.
- Einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen einführen: Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Kommunen haben, frühzeitig und direkt einbezogen werden. Dazu ist ihnen im Grundgesetz ein verbindliches Mitwirkungsrecht einzuräumen.
- Public-Privat-Partnership (PPP bzw. ÖPP) ist keine Lösung für die Finanzprobleme der Kommunen, sondern ein zusätzliches neues Problem, was zu deutlich höheren Belastungen der Kommune führt und zudem völlig intransparent ist. DIE LINKE lehnt die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben durch PPP entschieden ab.
- Rekommunalisieren statt privatisieren: Gegenwärtig werden in einigen Städten und Kommunen wichtige Weichen für eine Rückübertragung von Leistungen in die öffentliche Hand gestellt. An diese jüngeren Entwicklungen gilt es anzuknüpfen und Möglichkeiten sich bietender Rekommunalisierungen gezielt weiter auszubauen! Um Rekommunalisierung zu ermöglichen muss beispielsweise in NRW die Änderung des § 107 der Gemeindeordnung durch den Landtag zurückgenommen werden, der die Kommunen an der wirtschaftlicher Betätigung hindert.

**Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben!
Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide
Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!**

Nahverkehr in der Metropol-Region Franken

Die bunte Fraktion (GRÜNE-ödp-LINKE) im Regionalverband Heilbronn-Franken hat vom Vorsitzenden Helmut Himmelsbach Post erhalten. Auf der letzten Sitzung des Regionalverbandes in Boxberg hatte Johannes Müllerschön im Auftrag der Fraktion Fragen formuliert, zum Bahntag der Metropolregion, zum Metropolticket und zur Verbesserung auf der Frankenbahn. Die Fragesteller nehmen zu den Antworten von OB Himmelsbach wie folgt Stellung:

1) Schade, dass der „Bahntag“ nur im kleinen Kreis der Regionalräte am 11.5.10 in Stuttgart stattfindet. In einer Zeit, in der Tausende von Einwohnern und Kommunalpolitiker sich nicht nur in Stuttgart, sondern auch vor allem im Norden von Baden-Württemberg Sorgen machen um die Bahn als leistungsfähige Flächenbahn, wäre ein breiter angelegter Bahntag sinnvoll gewesen.

2) Natürlich ist ein Metropolticket für die Mobilität und für den Klimaschutz dringend notwendig und sinnvoll. Deshalb haben wir auch der entsprechenden Verwaltungsvorlage im letzten Planungsausschuss zugestimmt. Eine generelle Verteuerung des Einzelfahrscheins per Aufschlag von 0,85 Cent sehen wir jedoch eher kritisch. Der ÖPNV muss für die Nutzer eher günstiger werden, statt teurer. Der Nahverkehr darf nicht dazu dienen, teure Prestige- und Fernbahnprojekte (offen oder verdeckt) zu subventionieren.

3) Natürlich begrüßt unsere Fraktion jede tatsächliche Verbesserung auf der

Frankenbahn. Die beschlossenen und versprochenen Verbesserungen auf der Stadtbahn Nord und auf der Frankenbahn sind jedoch solange unzureichend, solange im Norden der Region nicht der gleiche Taktfahrplan umgesetzt ist, wie auf der S 4 von Eppingen bis Öhringen. Da gibt es noch viel zu tun, auch damit endlich die größte Belegschaft in der Region an den ÖPNV vernünftig angeschlossen wird.

Der volle Wortlaut der Anfrage, wie auch die Antwort von Herrn Himmelsbach ist auf folgender Webseite einsehbar. www.kreistag.die-linke-heilbronn.de

Armin Waldbüßer, Fraktionsvorsitzender, und Johannes Müllerschön

Stuttgart 21 – Die Proteste gehen uns Alle an!!

Am 24. April versammelten sich im Stuttgarter Schlossgarten über 10.000 Menschen, um den Verantwortlichen ihr deutliches Nein entgegenzusetzen. Die Proteste werden immer bunter, immer kreativer und auch immer lauter! Die Stuttgart-21-Gegner kommen inzwischen aus allen Bevölkerungsschichten. Denn es geht uns Alle an! Schön zu sehen, dass auch DIE LINKE, Sigmaringen und DIE LINKE. Pforzheim bei den Protesten vertreten waren.

Einer der Redner war Roland Hamm, der Bevollmächtigte der IG Metall Aalen. Er verkündete unter großem Beifall, dass sich auch seine Gewerkschaft gegen das Projekt Stuttgart 21 ausspricht.

Inzwischen geht es auch ganz klar darum, Demokratie einzufordern. Es ist

nicht auszuhalten, mit welcher Arroganz die CDU, SPD und FDP das Projekt erzwingen und gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen wollen. Hier ist ein ganz klares NEIN angesagt! NEIN, nicht mit uns! Hier demonstrieren Menschen, die sich für dieses Prestigeprojekt nicht begeistern lassen.

Auch die Stuttgarter Landschaftsgärtner haben sich den Protesten angeschlossen. Bereits einen Tag zuvor machten Sie vor dem Stuttgarter Rathaus deutlich „Wir fällen keine Bäume im Schlossgarten“! Diese Zivilcourage verdient unseren Respekt! Im Anschluss an die Protest-Kundgebung gründete sich ein gewerkschaftliches Netzwerk gegen S21, an dem auch die Gewerkschaften Verdi und die IG Bau beteiligt sind.

Mitte April hat sich auch im Rems-Murr-Kreis ein Bündnis gegen Stuttgart 21 gegründet und bei den wöchentlichen Montagsdemos, bei der inzwischen jedes mal über 4.000 S21-Gegner anwesend sind, kommen inzwischen auch Solidaritätsbotschaften aus Köln und Hamburg an. Die Kritik an dem Projekt nimmt bundesweit zu

Bei einer Internet-Umfrage der Stuttgarter Zeitung, an der sich 4259 Personen beteiligt haben, sprechen sich 68,3% für die sofortige Beendigung des Projekts Stuttgart 21 aus. In der neuesten Einnid-Umfrage, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Auftrag gegeben hat, sind 58 % der Baden-Württemberg für den Ausstieg aus Stuttgart 21.

Unterstützt uns bei den Protesten!! 2010 ist Zahltag. S21 wird abgewählt!

Dagmar Uhlig

Behinderten-Protest in Balingen

Am Mittwoch, 5. Mai 2010, protestierte DIE LINKE Zollernalb für das Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Behinderten. Auf dem Balingener Marktplatz informierten Mitglieder verschiedener Behinderten-Organisationen über die schleppende Umsetzung internationaler Vereinbarungen in die kommunalpolitische Realität. So gehöre der Zollernalbkreis in Baden-Württemberg zu denjenigen Landkreisen, in denen Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen am wenigsten selbstbestimmt leben könnten. „Die Landkreis-Verwaltung will die Heime füllen“, so LINKE-Kreisvorsitzender Jochen Lange, „und torpediert ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Wohnumfeld!“ Praktisch alle assistenz- und pflegebedürftigen Menschen im Kreis seien abhängig von Angehörigen oder Institutionen.

Antje Claaßen, Rollstuhlfahrerin (Kandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl), verwies auf die Möglich-



Politischen Besuch aus Heilbronn Partnerstadt Frankfurt / Oder konnte jetzt Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach empfangen: Einige Vertreter der Partei DIE LINKE schauten bei einem Besuch im Unterland auf dem Rathaus vorbei. In lockerer Runde tauschte man sich über die Entwicklung beider Kommunen aus. OB Himmelsbach hatte die Stadt an der Oder vor wenigen Tagen anlässlich der Abschiedsfeier des scheidenden Oberbürgermeisters Martin Patzelt besucht.

Foto im OB-Amtszimmer (v.l.): Stadtrat Hasso Ehinger (Heilbronn), Sandra Seifert (Geschäftsführerin der LINKEN-Stadtverordnetenfraktion Frankfurt), OB Helmut Himmelsbach, Axel Henschke (Landtagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt), Volker Bohn (Kreisrat, Brackenheim), Norbert Leitzke (Stadtverordneter, Frankfurt)



keiten des sogenannten „Arbeitgeber-Modells“, das zusammen mit einem persönlichen Budget Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben sein könne. In persönlicher Assistenz, so Antje Claaßen, „entstehen neue gute Arbeitsplätze“. In Gemeinschaftsschulen, in denen nichtbehinderte Kinder gemeinsam mit behinderten Kindern lernen, „entwickelt sich ein besseres Lernklima, die Gewaltbereitschaft der Jugendlichen wird zurückgedrängt, die Kinder entwickeln ein ausgeprägtes Sozialverhalten“.

Forderungen der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik:

- Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes: Die Rechte von Menschen mit Behinderungen müssen durch verbindliche Bestimmungen gestärkt werden.
- Bildung für alle: Inklusion von Menschen mit Behinderungen muss in allen Bildungsbereichen vom Kindergarten bis zur Hochschule gewährleistet sein. Landesfond für „Barcelona-Gemeinden“: das Land Baden-Württemberg soll alle Städte und Gemeinden, die der „Erklärung von Barcelona“ beigetreten sind, bei der Umsetzung finanziell unterstützen.
- Behindertenbeauftragter: In Baden-Württemberg wird die Aufgabe eines Landesbehindertenbeauftragten bislang durch einen Staatssekretär „nebenher“ ausgefüllt. „Wir fordern die Einsetzung eines hauptamtlichen Landesbeauftragten, der selbst Betroffener ist.“

Heidelberg – Besuch bei Werkstätten

Am 8. April besuchten die Linken-Kreisräte Carsten Labudda, Edgar Wunder und Andreas Scheibner von der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik die Heidelberger Werkstätten. Die Initiative zu diesem Besuch kam von der LAG. Dort wurden im Juni 2009 die Lohnprämien um 20 % gekürzt. Bei diesem Besuch wurde uns von Seiten der Werkstatt zugesagt, die Lohnprämien in der zweiten Jahreshälfte 2010 zu überprüfen und die Erhöhung dieser Lohnprämien in Aussicht gestellt. Dass die Lohnprämien für Mitarbeiter in Werkstätten für behinderte Menschen so niedrig liegen, liegt an einer gesetzlichen Regelung, nach der die Träger höchstens 70 % der Ein-

nahmen aus wirtschaftlich verwertbarer Tätigkeit der behinderten Menschen auszahlen dürfen. Die Begründung für die Lohnkürzung damals war jedoch die Wirtschaftskrise, die einen Auftragseinbruch um 45 % zur Folge hatte. Ich denke, auch hier sollten wir uns auf Bundesebene für ein Teilhabegeld einsetzen, damit die Mitarbeiter dieser Werkstätten nicht mehr zum Sozialamt rennen müssen. *Andreas Scheibner*

Karlsruhe: „Schwule und Lesben ins Standesamt!“

Grußwort an die Demonstration: für gleiche Rechte, gleiche Trausäle, gleiches Amt und gleiche Gebühren und gegen verordnete Diskriminierung am 24.4.2010 in Karlsruhe von MdB Karin Binder

Hier und heute prallen die Liebe – Eure Lieben – und erz-konservative, vollkommen überholte Werte aufeinander! Hier führt das „Tief-Schwarze“, die staatlichen Institutionen gegen die Menschen und ihren freien Willen ins Feld. Das darf nicht sein!

Denn, was gibt es Schöneres und Besseres als die Liebe! – Den Entschluss sich liebender Menschen verantwortlich zusammenzuleben! Sich trauen zu lassen, für einander einzustehen und zu heiraten. Ich bin doch froh, dass es das in unserer schnelllebigen Zeit noch gibt. Liebe ist die Basis einer solchen Entscheidung und nicht das Geschlecht!

Nicht umsonst hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass sich eine Ungleichbehandlung von Ehe und Lebenspartnerschaft verbietet. Nicht umsonst kennt keine Definition der Liebe die Frage nach dem Geschlecht!

Umso trauriger und beschämender ist es, wenn heute noch immer der Staat, das Land und die Stadt, Menschen die sich lieben mit Schikanen entgegen tritt, die an die finstersten Zeiten im Umgang

mit gleichgeschlechtlicher Liebe erinnern.

Diese Sonderregelung in Baden-Württemberg bringt die erzkonservative Grundhaltung der Landesregierung zum Ausdruck. Sie offenbart deren Scheinheiligkeit und ihr vollkommen überholtes Menschen- und Familienbild. Auch das ist ein Grund sie schon nächstes Jahr abzuwählen und auch in Baden-Württemberg endlich das 21. Jahrhundert beginnen zu lassen!

Auch auf anderen Feldern sind die Lebenspartnerschaften noch immer nicht gleichgestellt, obwohl es keinen Grund gibt, hier irgendwelche Unterschiede zu machen. Wir kann man sagen, dass eine Lebenspartnerschaft nicht das Gleiche wie die Ehe ist?! In diesen Formen des Zusammenlebens geht es doch um gegenseitige Verantwortung und nicht in erster Linie um Kinder. Diese können bekanntlich ja auch außerhalb der Ehe und innerhalb der Lebenspartnerschaft entstehen, wachsen und gedeihen.

Ich fordere – gemeinsam mit Euch – Land und Stadt auf, Lebenspartnerschaften und Ehe auf dem Standesamt gleich zu behandeln und so für alle Menschen den Tag der Trauung zum schönsten Tag des Lebens werden zu lassen! Ich fordere – gemeinsam mit Euch – die Bundesregierung auf, auch im steuerlichen und bundesrechtlichen Bereich, eine vollkommene Gleichstellung der verschiedenen Formen verantwortungsbezogenen Zusammenlebens herbeizuführen!

Ich wünsche dieser Kundgebung heute den verdienten Erfolg und versichere Euch, dass DIE LINKE sich der Thematik wirklicher Gleichstellung aller Menschen auf allen Ebenen verpflichtet fühlt. Das machen wir mit der Arbeit unserer StadträtInnen und im Bundestag deutlich und werden es künftig auch im Landtag tun!

*Mit vielen lieben Grüßen, Karin Binder
Bundestagsabgeordnete der LINKEN.*

Christopher Street Days in Baden-Württemberg

Der Christopher Street Day steht als historischer Gedenktag der queeren Community in der Tradition des Kampfes um Gleichberechtigung und Diskriminierungsfreiheit von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern. Als sich am 28. Juni 1969 im sogenannten Stonewall-Aufstand erstmals Homosexuelle im New Yorker Stadtteil Greenwich Village gegen die anhaltende Polizeiwilkkür zur Wehr setzten, folgten tagelang Straßenschlachten mit den Ordnungskräften. Diesem Aufstand wird weltweit Jahr um Jahr in Form politischer Paraden gedacht. In diesem Jahr wird um die Aufnahme des Diskriminierungsverbots aufgrund der sexuellen Identität in den Artikel 3 des Grundgesetzes gekämpft. Gleichzeitig wird die fortdauernde Diskriminierung der queeren Community durch die baden-württembergische Landesregierung angeprangert. DIE LINKE beteiligt sich auch in 2010 an den CSDs in Baden-Württemberg. In Lörrach fand die erste Parade bereits statt. Es folgen am 31.7. Stuttgart und am 14.8. Mannheim. Für die Eröffnung des CSD in Lörrach konnte die Sprecherin für Schwule und Lesben in der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Barbara Höll, gewonnen werden. Wer Interesse an der Mitarbeit hat, kann unter queer@die-linke-bw.de Kontakt aufnehmen.

OB-Wahl in Freiburg: Nicht alle grünen Bäume wachsen bis in den Himmel

Mit 50,5% erreichte der bisherige Oberbürgermeister von Freiburg Dieter Salomon (Bündnis90/Die Grünen) äußerst knapp die absolute Mehrheit, und sichert sich so im ersten Wahlgang eine zweite Amtszeit. Rund 400 Stimmen entschieden darüber, dass Salomon nicht in den zweiten Wahlgang musste. Der SPD-Kandidat Ulrich von Kirchbach, erst im Februar erneut für acht Jahre als Sozial und Kulturbürgermeister wiedergewählt, erhielt 29,2%, der Kandidat des Wahlbündnisses „Wechsel im Rathaus“ (WIR) Günther Rausch erhielt 20,1%. Wahlberechtigt waren 154209, gültig abgestimmt haben 69129 was einer Wahlbeteiligung von 45,2% entspricht. Und das ist bitter. Einzig der Kandidat von WIR hat auf dieses Misstand hingewiesen und deutlich gemacht, dass die politische Klasse ein Legitimationsproblem hat. „Das ist kein gutes Bild für die Demokratie in unserer Stadt“, so Günther Rausch. Er sieht auch in der geringen Wahlbeteiligung einen der Gründe für den relativen Wahlerfolg des OB. Der siegreiche OB verkündete nur lapidar „Mehrheit ist Mehrheit“. Die Frage ist, ob er so locker den Wahlausgang wegstecken kann. Zumindest für die Grüne-Partei insgesamt tun sich erhebliche Abgründe auf, wenn man die Ergebnisse aus den Stadtteilen untersucht. Im Rieselfeld, wo Salomon einst seine allergrößten Fans hatte (75,8 Prozent im zweiten Wahlgang 2002), nähert er sich nun der 50-Prozent-Marke von unten (49,7 Prozent). Im Vergleich zu 2002 polarisiert Salomon inzwischen deutlich stärker. Vor acht Jahren erhielt der damalige Newcomer schon im ersten Wahlgang stadtweit sehr breite Zustimmung mit wenigen Ausreißern nach oben und unten und musste im zweiten Wahlgang sogar nur noch zwei Stadtbezirke (Munzingen, Waltershofen) an Konkurrentin Heute-Bluhm (CDU) abgeben. Diesmal verfehlte Salomon in 17 von 39 Stadtbezirken die absolute Mehrheit und blieb in Weingarten und Stühlinger-Beurbarung unter 30 Prozent.

Das Ergebnis in diesen beiden Stadtteilen ist interessant. 2006 versuchte die Stadtverwaltung wegen hoher Verschuldung ein Teil der städtischen Wohnungen zu verkaufen. Gerade in den beiden Stadtteilen lag ein erheblicher Teil davon. Eine Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ (WIM) stellte sich gegen den Verkauf und setzte einen Bürgerentscheid durch. Es begann eine heftige Auseinandersetzung in der schon die beiden Protagonisten Günther Rausch (Sprecher von WIM) und OB Salomon heftig aneinander gerieten. Der Bürgerentscheid kippte den Ver-

kauf der Wohnungen und nun bekommt Salomon per Stimmzettel eine weitere Auszählung. Günther Rausch erhielt hier im übrigen 39,4%, der SPD-Kandidat 34,2%. Noch dramatischer ist allerdings Salomons Abschneiden in dem grünen Vorzeigestadtteil Vauban. Weltweit wirbt Salomon mit dem Logo „Freiburg Green-City“ und der Stadtteil Vauban wird als grüne Hochburg überall herumgereicht. Die Grünen hatten bisher, egal bei welchen Wahlen, immer Ergebnisse um die 90% eingefahren. Aber nun das: Bei den OB-Wahlen erhält der grüne OB Salomon nur 37,5% Stimmen, Günter Rausch aber 40,9% und der SPD-Kandidat abgeschlagen mit 21%. Gerettet haben Salomon die Stadtteile, die traditionell CDU wählen. „Dieter Salomons beste Bezirke sind sechs einst eingemeindete Ortschaften (Waltershofen, Tiengen, Lehen, Opfingen, Munzingen, Kappel) allesamt eigentlich christdemokratisches Stammland. Nur hier kam er auf Werte über 60 Prozent“, so schreibt die „Badische Zeitung“, und titelt dazu: „CDU sichert Salomon den Posten“.

Die Fraktion der Unabhängigen Listen (UL) gratuliert OB Salomon zu seiner Wiederwahl. „Jetzt geht es darum, die Zusagen aus dem Wahlkampf Schritt für Schritt einzulösen, unsere Fraktion wird da sehr hartnäckig sein. So müssen die Vorbereitungen für ein eigenständiges Baudezernat unverzüglich eingeleitet werden. Die Kritik am allzu großen Einfluss von Finanzinvestoren auf Freiburgs Bau- und Entwicklungspolitik wird von vielen, darunter auch unserer Fraktion geteilt und musste im OB-Wahlkampf Thema sein.“

Gegen Lohnwucher in Stuttgart

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke will in einer Anfrage vom 19. April wissen, ob das JobCenter in Stuttgart gegen Lohnwucher bei sogenannten Aufstockern vorgeht:

Am 22. April 2009 hat das Bundesarbeitsgericht entschieden (5 AZR 436/08): „Nach § 138 Abs. 2 BGB ist ein Rechtsgeschäft nichtig, durch das sich jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit oder des Mangels an Urteilsvermögen eines Anderen für eine Leistung Vermögensvorteile gewähren lässt, die in einem auffälligen Missverhältnis zu der Leistung stehen.“

Im vorliegenden Fall hatte ein Gartenbaubetrieb einer Beschäftigten einen Stundenlohn von sechs Euro netto gezahlt für eine Tätigkeit, die laut Tarifvertrag mit 7,84 Euro brutto bezahlt werden muss. Laut BAG ist es sittenwidrig, wenn die Bezahlung weniger als zwei Drittel des in der Branche und

Region üblichen Tariflohns beträgt. Ein solches Vorgehen hat das BAG in seiner Pressemeldung als „Lohnwucher“ bezeichnet.

Für die Kommunen bzw. das JobCenter ist das Urteil von Bedeutung bei der Vermittlung in Arbeitsplätze und wo es um „Aufstocker“ geht. Hier besteht der Verdacht, dass das JobCenter für aufstockende Leistungen zahlt, weil einzelne Arbeitgeber sittenwidrig zu niedrige Löhne zahlen und sich durch „Lohnwucher“ zu Unrecht bereichern. Es werden also nicht nur die Arbeitnehmer/-innen geschädigt, sondern auch die öffentliche Hand. Es werden öffentliche Leistungen erbracht, die bei tarifgerechtem oder nicht sittenwidrigem Lohn nicht erforderlich wären. Zudem dehnt sich der Niedriglohnsektor zu Ungunsten der ganzen Gesellschaft aus. Das JobCenter Stralsund hat seit Herbst 2008 in 17 Fällen erfolgreich Lohnnachforderungen von knapp 132.000 Euro bei Gericht geltend gemacht.

Für Arbeitsuchende, denen Arbeit zu solchen sittenwidrigen Bedingungen angeboten werden, ergibt sich das weitere Problem: Können sie ein solches Angebot ablehnen, ohne dass sie mit Sanktionen des JobCenters bestraft werden? Zudem würde eine Arbeit zu einem gerechten Lohn diese Menschen nicht nur vom Hartz-IV-System befreien, sie könnten auch höhere Beiträge in die Rentenversicherung entrichten, um die Altersarmut zu verhindern oder wenigstens abzumildern.

Wir beantragen daher:

- Das JobCenter prüft, ob bei „Aufstockern“ Fälle vorliegen, in denen sittenwidrige Löhne gezahlt werden.
- Das JobCenter fordert in diesen Fällen eine Erstattung der zu Unrecht ausgezahlten Aufstockungsleistungen von den Arbeitgebern.
- In Fällen von „Lohnwucher“ bringt das JobCenter diese zur Anzeige bei den Sozialversicherungen und beim Gericht.
- In Zukunft prüft das JobCenter bei allen Vermittlungen von Arbeitssuchenden das Arbeitgeberangebot von vornherein darauf, dass es nicht sittenwidrig ist.
- Arbeitsuchende, die sittenwidrige Angebote ablehnen, werden nicht mit Sanktionen belegt, sondern unterstützt.

Daher beantragen wir weiter:

- Im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen berichtet das JobCenter, wie es bisher mit diesem Thema umgeht.
- Das JobCenter wird aufgefordert, nach der Sommerpause dem Gemeinderat zu berichten, ob in Stuttgart aufstockende Leistungen ohne korrekte Leistungen gezahlt wurden und über sein weiteres Vorgehen.

Ulrike Küstler, Hannes Rockenbauch

Mannheim: Vom „betreten“ zum „geduldeten“ Grillen

Neben der Finanzkrise und den neu aufgestellten Plakatafeln erschüttert vor allem ein Thema die durch den „Mannheimer Morgen“ veröffentlichte Meinung: Das Grillen im öffentlichen Raum.

Aber ernsthaft: Es ist schon ein Problem, wenn an schönen Tagen auf knappem Gelände hunderte Feierlustige den Grill anwerfen – ein Problem für AnwohnerInnen. Denn neben den Geruchsemissionen wird auch das Grillen teilweise begleitet von Kampfsaufen und da und dort noch einer kleinen Schlägerei. Es ist aber auch ein Problem, wenn in einer großen Stadt nirgends gegrillt werden kann, weil sich die AnwohnerInnen mit einem umfassenden Grillverbot durchgesetzt haben – und möglicherweise gerade in ihrem Garten hinterm Haus sitzen und grillen.

Auslöser der teils erregten Diskussionen war die Tatsache, dass sich 2008 auf den Rheinwiesen im Lindenhof eine sprunghaft angewachsene Grill-Szene entwickelt hatte mit allen negativen Begleiterscheinungen für AnwohnerInnen, SpaziergängerInnen und einen benachbarten Gastronomiebetrieb. Wobei Alkoholexzesse auch ohne Grill funktionieren.

Die Stadt verbot daraufhin für die Saison 2009 das Grillen auf den Rheinwiesen und wies – nach ausführlicher Diskussion – eine Ersatzfläche auf der Neckarwiese kurz vor der Mündung des Neckars in den Rhein aus – abseits und gegenüber einem Industriehafen gelegen. Für 2010 nun hatte die CDU bzw. ihr forschender partyerfahrener Jungstar Löbel beantragt, das Grillen auf den Rheinwiesen wieder zu gestatten. Die Stadt solle die infrastrukturellen Einrichtungen, z.B. Toiletten, zur Verfügung stellen und am besten – nach Zürcher Vorbild – Elektrogrills, genau genommen zwei solcher Anlagen. So solle das Grillen kanalisiert und beschränkt werden. Es wurde im übrigen eine städtische Arbeitsgruppe verlangt, die sich mit der Ausweisung von weiteren Grillflächen befassen und Vorschläge unterbreiten sollte. Die Grünen lieferten den Kriterienkatalog. Eine von vielen städtischen Ämtern beschickte Arbeitsgruppe machte sich daraufhin an die Arbeit, suchte drei alternative Flächen aus, verhandelte mit Bezirksbeiräten und AnwohnerInnen und gab ihren Vorschlag der Polizei zur Überprüfung.

Am Ende lag dem Hauptausschuss eine mit umfangreicher Studie hinterlegter

Beschlussvorlage vor: Eine Grillfläche am Neckar, etwas stadtnäher als die Ausweichfläche im Vorjahr und mit besserem Gegenüber, eine Fläche neben der Beach-Bar an der Kurpfalzbrücke flussaufwärts (auf 15 Leihgrills beschränkt) und eine Wiese am Vogelstangsee. Dazu ein bisschen Infrastruktur, sofern noch nicht vorhanden, und genügend kommunaler Ordnungsdienst und Polizei, um die Einhaltung der „Hausordnung“ und der Nutzung nur der ausgewiesenen Flächen durchzusetzen. Denn es gilt in der Stadt ein generelles Grillverbot im öffentlichen Raum, das durch Ausweisung von Grillflächen eingeschränkt ist. Im Amtsjargon wurde das vorgeschlagene Konzept als „betreutes Grillen“ bezeichnet, sodass die Lücke zwischen der Kindertagesstättenbetreuung und dem betreuten Wohnen im Alter endlich geschlossen wäre.

Es gab jedoch einen weitergehenden – sehr kurzfristig erstellten – gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen, der in überarbeiteter Form nun gegen die Stimmen der CDU beschlossen wurde: 1) Die Stadt verzichtet auf die besondere Ausweisung weiterer Grillflächen. 2) Eine Duldung auf den Rheinwiesen erfolgt nicht. 3) Die Verwaltung beobachtet, wo verstärkt Grillaktivitäten festzustellen sind und reagiert dort ggf. mit der Aufstellung von Abfallbehältern und Toiletten.

Springender Punkt ist die Aussage, dass auf der Rheinwiese keine Duldung erfolgt. Im Umkehrschluss ist auf den übrigen Flächen, praktisch längs der Flüsse, das Grillen geduldet – ausgenommen die ausgewiesenen Naturschutzgebiete. Durch Polizeiverordnung ist das Grillen in der Innenstadt (z.B. auf Paradeplatz und am Wasserturm) ohnehin nicht gestattet. Vielleicht gelingt es ja perspektivisch, den Flughafen Neustadt in eine offizielle Grillfläche umzuwidmen. Die Flugzeuge müssten dann draußen bleiben ©. *Thomas Trüper*



Ländle-SPD: Sicheres Auftreten bei völliger Orientierungslosigkeit

Am 18. Januar veröffentlichte die SPD im Ländle ein längeres Papier mit der Überschrift „Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise muss im Land endlich richtig begonnen werden“. Schön kann man da an zwei Punkten den Unterschied zwischen der SPD und uns offen legen:

Zitat 1: „Die SPD schlägt (...) vor, dass das Land eine Mittelstandsanleihe initiiert, die von der LBBW aufgelegt wird. (...) Nach dem Beispiel größerer Unternehmen will die SPD deshalb gebündelte Anleihen für die mittelständische Wirtschaft am Kapitalmarkt platzieren (...). Dadurch wäre die Attraktivität dieses Papiers besonders für institutionelle Anleger wie Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds sicher gestellt.“

Übersetzt heißt das: Das Land gibt den Finanzhaien Bürgschaften, die dann die Not der durch die Kreditklemme betroffenen mittelständischen Unternehmen veresporn.

DIE LINKE will dagegen das Modell der Esslinger IG Metall: Ein regionaler Fonds kontrolliert von einem Wirtschafts- und Sozialrat, der dem Produktionserhalt und der Beschäftigungssicherung verpflichtet ist, also echte Industriepolitik macht.

Die Wertschöpfungskette einer Produktion bleibt real erhalten und wird nicht durch die spekulative Wertschöpfung des Finanzmarktes zerschossen.

Zitat 2: „Darüber hinaus fordert die SPD, eine staatliche Verwaltungsebene abzuschaffen: Regionalkreise sollen die Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen übernehmen, die Kommunen würden mehr Kompetenzen erhalten. Dadurch könnten mittelfristig 15 bis 20 Prozent der Beschäftigten eingespart werden; das macht rund 5.000 Stellen oder einen Gegenwert von rund 250 Millionen Euro.“

Übersetzt heißt das, dass die Ländle-SPD der CDU-Administration vorwirft, zu blöde zum Sparen und zu feige für Stellenstreichungen zu sein. DIE LINKE wird einen Stellen- und Sozialabbau nicht hinnehmen. Vielleicht ergibt sich nach einer genauen Analyse die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform. Dann muss es aber einfach um Bürgernähe und eine klarere Aufgabenverteilung zwischen den Verwaltungsebenen gehen. Einfach nur Sparen löst keine Probleme. Fazit: Die SPD verliert weiter – zu Recht!

Jochen Dürr und Stefan Dreher, Landessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft

Entscheidung der Landesschiedskommission zu den Delegiertenwahlen Bundesparteitag

Die vorläufige Entscheidung der Landesschiedskommission, die Durchführung von Delegiertenwahlen zum Bundesparteitag nicht auf einem Landesparteitag durchführen zu dürfen, ist mit der Rücknahme des Antrages von Jürgen Angelbeck nunmehr gegenstandslos. Hier der entsprechende Beschluss der Landesschiedskommission:

In dem Schiedsverfahren Jürgen Angelbeck / Landesvorstand Baden-Württemberg AZ 10/01 hat die Schiedskommission am 14.03.2010 entschieden:

Durch Rücknahme des Antrags von Genosse Jürgen Angelbeck unmittelbar vor Anhörungsbeginn am 14.03.2010 ist ein Schiedsverfahren gegenstandslos geworden.

Begründung:

Die Landesschiedskommission hat unter Az 10/01 ein Verfahren in der Sache Angelbeck / Landesvorstand eröffnet.

Der Landesvorstand Baden-Württemberg der Linken hat am 24.07.2009 beschlossen, dass zur anstehenden Wahl der Bundesdelegierten die Kreisverbände des Landesverbandes BW zu einem einzigen Delegiertenwahlkreis zusammengefasst werden.

Dagegen hat am 30.12.2009 Jürgen Angelbeck Widerspruch bei der Bundesschiedskommission eingelegt, der umgehend an die Landesschiedskommission BW überwiesen wurde. Nach Auffassung von Jürgen Angelbeck sei es unzulässig, die Kreisverbände eines Landesverbandes zur Wahl der Delegierten zu einem einzigen Wahlkreis zusammen zu legen.

Am 17.01.2010 hat die Landesschiedskommission BW im Rahmen einer vorläufigen Maßnahme gem. §13 Schiedsordnung entschieden zu untersagen, die Bundesdelegierten für den Bundesparteitag im Rahmen des Landesparteitages wählen zu lassen. Grundsätzlich sei es in der Landessatzung nicht vorgeschrieben wie viele Regionalwahlkreise zu bilden sind. Es müssten aber mindestens zwei Delegiertenwahlkreise gebildet werden. Die Landesschiedskommission bezog sich auf §16 Abs.5 der Bundessatzung der zwingend und unmittelbar für alle Landesverbände gilt.

Der Landesvorstand verzichtete auf Rechtsmittel.

In der Landesinfo BW Ausgabe Nr. 1 /März 2010 wurde daraufhin vom Landesvorstand nach Vorgabe der Landesschiedskommission fristgerecht zu 4 regionalen Mitglieder-

versammlungen eingeladen.

Nach § 13 Abs. 2 Schiedsordnung muss der gefasste Beschluss einer vorläufigen Maßnahme innerhalb von 8 Wochen in einem ordentlichen Verfahren bestätigt werden oder er tritt außer Kraft.

Fristgerecht wurde von der Landesschiedskommission die Anhörung der Verfahrensbeteiligten anberaumt.

Schließlich wurde in Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten von Genosse Angelbeck der Antrag unmittelbar vor Eröffnung der Anhörung am 14.03.2010 zurückgenommen.

Mithin ist eine weitere Entscheidung der Landesschiedskommission hinfällig geworden.

Es gilt somit die ursprünglich vom Landesvorstand getroffenen Regelung, die Delegierten vom Landesparteitag wählen zu lassen.

Paul Muras, Sprecher der Landesschiedskommission

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Berufung bei der Bundesschiedskommission, Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Widerspruch eingelegt werden.

Ergebnisse des Mitgliederentscheids

Mit der öffentlichen Auszählung der Stimmzettel wurde der erste Mitgliederentscheid der LINKEN am 25. April 2010 beendet.

Am Mitgliederentscheid beteiligten sich 37.693 Mitglieder der LINKEN. Das entspricht einer Beteiligung von 48,3 Prozent der Mitglieder.

Zur ersten Frage, die die Struktur der auf dem zweiten Bundesparteitag zu wählenden neuen Parteiführung betrifft, stimmten 84,5 Prozent der Abstimmenden mit „Ja“, 11,3 Prozent der Abstimmenden mit „Nein“, und 4,2 Prozent der Abstimmenden enthielten sich. Damit spricht sich eine deutliche Mehrheit der Abstimmenden für den von den Initiatoren des Mitgliederentscheids zur Abstimmung gestellten Vorschlag für die Struktur der neuen Parteiführung aus.

Zur zweiten Frage des Mitgliederentscheids, in der entschieden werden sollte, ob das neue Parteiprogramm der LINKEN bis Ende 2011 in einem weiteren Mitgliederentscheid zur Abstimmung gestellt wird, stimmten 94,1 Prozent der Abstimmenden mit „Ja“, 3,4 Prozent der Abstimmenden mit „Nein“, und 2,5 der Abstimmenden enthielten sich. Damit spricht sich eine deutliche Mehrheit für den Vorschlag aus, das neue Parteiprogramm in einem Mitgliederentscheid zur Abstimmung zu stellen.

Zu den Ergebnissen des Mitgliederentscheids erklärte der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Dietmar Bartsch: „Das ist ein klares Votum der Parteibasis.“

In Baden-Württemberg hatten sich bei der Frage zur Parteiführung 1180 von 3077 Mitgliedern beteiligt (38,4%, neben Bremen die höchste Beteiligung im Westen); davon stimmten 1023 (87,3%) mit Ja. Bei der Frage nach einem Mitgliederentscheid übers neue Parteiprogramm beteiligten sich 1076 Mitglieder; die Zustimmung lag bei 91,8%.

Aktuelle Publikationen der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

... eignen sich zum Verteilen. Mengen können bestellt werden im Internet unter <http://versand.linksfraktion.net>. Der Benutzername und das Kennwort dürften hinlänglich bekannt sein, ansonsten kann es bei den Wahlkreisbüros der Abgeordneten erfragt werden. Kleinere Mengen der Publikationen sind in der Regel auch in den Abgeordnetenbüros erhältlich.

Und das ist das derzeit abruflbare Material:

Finanzmärkte an die Kette!

Weg mit Hartz IV – Für gute Arbeit ...

Lohndumping verhindern, Leiharbeit strikt begrenzen

„Mumia Abu-Jamal“

Leitfaden Rekommunalisierung

Klar Nr. 17

Clara Nr. 15

Gesundheit ist keine Ware!

Querblick Nr. 14 und Nr. 13

Was tun gegen Rechtsextremisten aktualisierte Nachauflage

Die Lügen der NPĐ

Außenpolitik für eine friedliche Welt

Frieden für Afghanistan

Flyer DIN A5, einseitig

Folder DIN lang, achtseitig

Folder DIN lang, achtseitig

Folder DIN lang, achtseitig

Broschüre DIN A4, 26 Seiten

Zeitung

Zeitschrift DIN A4, 40 Seiten

Folder DIN lang

Broschüre, 64 Seiten

Broschüre, 26 Seiten

Broschüre, 55 Seiten

Broschüre, 60 Seiten

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2011

Arbeitsgruppe hat die Arbeit aufgenommen.

Zur Erarbeitung eines Wahlprogrammes zu den Landtagswahlen 2011 in Baden-Württemberg hatten Landesausschuss und Landesvorstand zur Bildung einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Kreisverbände und der Landesarbeitsgemeinschaften aufgerufen. Mit der Koordination und Berichterstattung wurden Sybille Stamm und Christoph Cornides vom geschäftsführenden Landesvorstand beauftragt. Auf der ersten Tagung der Arbeitsgruppe am 25. März mit 29 Beteiligten wurden 5 Unterarbeitsgruppen mit Verantwortlichen gebildet für die Themen „(AG1) Wirtschaft / Finanzen / Haushalt“, „(AG2) Bildung/Erziehung“, „(AG3) Gesundheit/Pflege /SeniorInnen“, „(AG4) Innen- und Rechtspolitik / Demokratie / solidarische Gesellschaft“ und „(AG5) Strukturpolitik / Energie / Verkehr“. Es bestand Konsens, dass die 10 Punkte zur Landespolitik, die auf dem letzten Landesparteitag beschlossen wurden, zentrale Eckpunkte für das Landtagswahlprogramm 2011 bilden.

Die Kreisvorstände und mitwirkenden Landesarbeitsgruppen sowie Landesvorstand und Landesausschuss erhalten regelmäßig die Ergebnisse der Tagungen der Arbeitsgruppe. Weitere interessierte Mitglieder können sich über das Landesbüro melden.

An der ersten, konstituierenden Sitzung am 7.3.2010 nahmen 29 Beauftragte von Kreisverbänden und Landesarbeitsgruppen teil, drei waren entschuldigt. Nach der Diskussion über den Leitantrag des Landesparteitages, darüber, was in den 10 Punkten fehlt und was gestrichen werden kann, wurden übereinstimmend 5 Arbeitspakete und die jeweilige redaktionelle Zuständigkeit der 5 Arbeitsgruppen festgelegt. Die Unterarbeitsgruppen organisieren sich selbständig und haben grundsätzlich zwei Aufgaben: erste Textentwürfe für ihre Programmpunkte erarbeiten und zweitens entsprechend der zugewiesenen Themen, Fakten und möglicherweise kontroverse Positionen aufzuschreiben - wir nennen das „Arbeitshefte“, die unsere MultiplikatorInnen im Landtagswahlkampf argumentativ unterstützen sollen.

Die erste Tagung befasste sich außerdem auf der Basis von Einleitungsbeiträgen mit Zuständigkeiten und Haushalt der Landesregierung und mit den Besonderheiten des Wahlrechts und Wahlverfahrens zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und deren Auswirkungen für die Wahlkampf vorbereitung und -führung.

Die Arbeitsgruppe verständigte sich auch über den Charakter: „Was und wen soll ein Landtagswahlprogramm erreichen?“ „Wozu brauchen wir ein Landtagswahlprogramm?“, „Welchen Charakter soll es haben?“ Dazu wurde z.B. genannt: „Es soll neugierig machen, Aufmerksamkeit erregen und uns im Wahlkampf unterstützen“; „Die Menschen sollen zum Nachlesen angeregt werden und das Programm muss aufklärend sein“; aber auch: „Das Programm muss Leitlinie und Richtschnur für die Basisorganisationen sein. Der Charakter: knapp, frech, provokativ und jugendlich“; „Klare politische Stellungnahmen, auch Fragen stellen, nicht nur fertige Antworten geben“; „Inhaltlich und optisch müssen unsere Alleinstellungsmerkmale herausgestellt werden“; „Es muss konkrete Ziele enthalten, die eine Aussage darüber geben, was wir im Landtag erreichen wollen“; „Es muss deutlich machen, dass und was wir verändern wollen und dass wir für andere Werte als andere Parteien stehen“; nötig sind Vorschläge zu „... praktisch umsetzbaren Reformen“, „aber auch gesellschaftsverändernde Perspektiven müssen enthalten sein; letztere könnten in der Präambel beschrieben werden“.

Konsens war, das Landtagswahlprogramm muss so ausführlich wie nötig und so knapp wie möglich sein. Für die ausführende und fachkundige Beiträge, die aber ein Wahlpro-

gramm sprengen würden, sollen die Materialhefte dienen.

Am 24.4.2010 fand die zweite Tagung der Arbeitsgruppe statt. 22 Mitglieder nahmen teil, 13 Mitglieder waren wegen gleichzeitig stattfindender anderer politischer Aktivitäten entschuldigt. Zur 2. Tagung lagen schriftliche Ausarbeitungen und erste Zwischenberichte der Unterarbeitsgruppen vor. Die Tagung beschäftigte sich mit kontroversen Fragen in einzelnen Themengebieten und verabschiedete eine Detailgliederung mit redaktionellen Zuständigkeiten. Die Arbeitsgruppe vereinbarte, dass das Landtagswahlprogramm von Anfang an eine Kurz- und eine Langfassung in einem Dokument beinhalten soll. Die Kurzfassung muss so gehalten sein, dass sie direkt für Flyer, Flugblätter usw. verwendet werden kann.

Der weitere Fahrplan zum Landtagswahlprogramm 2011 sieht jetzt so aus:

- Alle Texte der Unterarbeitsgruppen fertig bis 10.6.2010
- 3. Tagung der (Gesamt-)Arbeitsgruppe: Treffen am 12.6.2010 in Stuttgart, vorauss. 14:00h – (nach der Demo)
- Bearbeitung durch Redaktionsgruppe und Verantwortliche der Unterarbeitsgruppen: ab 12.6.2010
- Entwurf für die Kreise und den „Großen Ratschlag“ ab Anfang Juli
- „Großer Ratschlag“ 17.7.2010 – in Stuttgart oder Karlsruhe (mit weiteren Sachverständigen, befreundeten Organisationen, Betroffenen)
- Weiterbearbeitung in der Redaktionsgruppe mit den Verantwortlichen der AGs: Juli / August
- Materialhefte zur Landespolitik mit Material der AGs und des Ratschlages: August
- Angebot von regionalen Veranstaltungen durch den Landesvorstand, Veranstaltung mit den Kandidaten, Anträge der Kreisverbände: September / Oktober
- Verabschiedung: Landesparteitag 20.11.2010

(Christoph Cornides, Sybille Stamm)

Letzte Meldung: Bundesparteitag der LINKEN in Rostock

„Lafontaine geht, aber die LINKE ist im Kommen“

(Wolfgang Molitor, Kommentar in Sonntag Aktuell am 16.5.)

Die beiden bisherigen Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine haben nicht mehr kandidiert und wurden von Gregor Gysi in beeindruckender Weise in dieser Funktion verabschiedet; ebenso der langjährige Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Alle drei stehen der LINKEN in anderen Funktionen weiter zur Verfügung: Lothar Bisky im Europarlament, Oskar Lafontaine als Fraktionsvorsitzender im saarländischen Landtag, Dietmar Bartsch als stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion.

Als neue Parteivorsitzende wurden mit großer Mehrheit Gesine Löttsch (92,8 %) und Klaus Ernst (74,9 %) gewählt. Zu stellvertretenden Parteivorsitzenden wurden Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak und Heinz Bierbaum gewählt. Die beiden neuen Bundesgeschäftsführer sind Caren Lay und Werner Dreibus. Der neue Bundesschatzmeister heißt Raju Sharma. Ulrich Maurer wurde mit der Funktion des Parteibildungsbeauftragten in den Parteivorstand gewählt. Damit folgte der Bundesparteitag dem Vorschlag der Landesvorsitzenden und des alten Parteivorstandes für die Besetzung der neuen Parteispitze.

Mit Ulrich Maurer, Biggi Ostmeyer, Michael Schlecht und Tobias Pflüger sind insgesamt vier Mitglieder aus Baden-Württemberg im Parteivorstand vertreten. Heidi Scharf, die ebenfalls eine Empfehlung aus dem Landesausschuss BaWü hatte, verfehlte den Wiedereinzug in den Parteivorstand um wenige Stimmen.

Die gesamten Wahlergebnisse, die Reden und Beschlüsse von Rostock sind unter der Website der Bundespartei abrufbar: http://die-linke.de/partei/organe/parteitag/2_parteitag/

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
 Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
 Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Michael Schostek, Hauptstr. 140, 79356 Eichstetten am Kaiserstuhl, Tel.: 07663-6037746, Mail: michael.schostek@web.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Hans-Jürgen Chudalla, Drescherstr. 7, 79336 Herbolzheim, Tel.: 07643/934588, Mail: spoproges@t-online.de

Esslingen

Bernd Luplow, Jahnstr. 31, 73779 Deizisau, Tel.: 07153-25983, Mail: bluplow@web.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@ig-metall.de

Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332-4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224-16937, mobil: 0177-4008790, Mail: henri.mueller@dielinke-rhein-neckar.de: www.dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de
 Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141-58209, eMail: u.genswuenger@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)
 Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com.
 Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169

Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: martin.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Hendrik Paul, Schillerstr. 2, 74928 Hüffenhardt, Tel.: 01520-9464105, Mail: henpal@web.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Reinhard Gumz, 88353 Kißlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linksparitei-ravensburg.de

Rems-Murr

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de

Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de

Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Rainer Kaltoven, Zehntstr.8, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Mail: Rainer.Kaltoven@die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Europa

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Erwerbslose und Geringverdiener

Norbert Herre, 68163 Mannheim, Mobil: 0176-85308045, eMail: n.herre@yahoo.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: staehle@linke-stadtrat-goepingen.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071-639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Franz Groll, Tel: 07056-2391, eMail: franz.groll@gmx.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • **Heidelberg:** www.sds-heidelberg.de • **Karlsruhe:** die-linke@usta.de • **Konstanz:** Martin.Berger@gmx.de • **Ludwigsburg:** urdenc@gmail.com • **Mannheim:** sds@dielinke-ma.de • **Tübingen:** www.solid-sds.de •

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sasha.wagener@linksfraktion-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sasha.wagener@linksfraktion-bw.de

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen,** Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee,** Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen,** Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn,** Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz,** Michael Krause, michaelkr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg,** Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber,** Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau,** Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb,** Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg,** Till Bastian Dr., till.bastian@ravensburg2009.de, Isny • **Rems-Murr,** Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen,** Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar,** Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de, Leimen • **Tübingen,** Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb,** Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen,** Werner, Bolzhauser, kulturamrante@kulturamrante.de • **Freiburg,** Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrik Guzzoni, h.g@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen,** Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen,** Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepingen.de • **Heidelberg,** Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim,** Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn,** Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe,** Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl,** Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz,** Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim,** Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr,** Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen,** Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg,** Werner, Hiltenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim,** Gudrun Kuch, gudrun.kuch@mannheim.de; Thomas Trüper, trueper@aol.com • **Pforzheim,** Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen,** Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar,** Emanuel, Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd,** Peter, Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian, Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen,** Richard, Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen,** Rebecca Tanner, reb.tanner@googlegmail.com • **Stuttgart,** Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen,** Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm,** Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim,** Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

Landesparteitag am 20. November

Der Landesausschuss und der Landesvorstand haben für den 20. November die nächste Tagung des Landesparteitages einberufen. Auf diesem Landesparteitag soll das Wahlprogramm zur Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011 verabschiedet werden.

Zudem soll darüber entschieden werden, wer aus dem Kreis der 70 gewählten Wahlkreiskandidatinnen und Kandidaten zur Spitzenkandidatin / zum Spitzenkandidaten nominiert wird. Da es bei der Landtagswahl keine Landesliste

gibt, hat diese Nominierung zwar politische Bedeutung aber keine wahlrechtliche Wirkung.

Auf einem „Ratschlag“ voraussichtlich am 17. Juli soll ein erster Entwurf für das Landtagswahlprogramm beraten werden. Im September organisiert der Landesvorstand in Absprache mit den Kreisverbänden regionale Beratungen zu Programminhalten und zur Vorbereitung des Landtagswahlkampfes. Nach Diskussion in den Kreisverbänden, nach Überarbeitung des Entwurfs und nach Beschlussfassung des Landesvorstandes entsteht daraus ein Leitantrag für den Landesparteitag. Antragschluss (lt. Landessatzung) ist der 8. Oktober. Zum Leitantrag sollen noch bis 5. November (18 h) Änderungsanträge bei der Antragskommission eingereicht werden können.

Automobilindustrie wohin?

Die LAG Betrieb und Gewerkschaft lädt ein für Samstag 3. Juli 2010, 10 bis 16 Uhr, Stuttgart, Königstr. 10 A bei Verdi (Ecke Kronenstraße)

Vielfach wird behauptet, die Wirtschaftskrise gehe bereits ihrem Ende entgegen. Am wenigsten gilt dies sicherlich für die Automobilbranche mit ihren riesigen Überkapazitäten. Das Ende der Exportorientierung ist ebenso absehbar wie die Erschöpfung der Ölreserven und damit des herkömmlichen Verbrennungsmotors.

Sind Elektro- oder Brennstoffzellenautos eine Lösung? Wie können zukünftige Konzepte für privaten und öffentlichen Personen- und Güterverkehr aussehen? Was geschieht mit den Belegschaften der Auto- und

Zulieferindustrie? Diese für Baden-Württemberg lebenswichtigen Fragen wollen wir bei einer Konferenz mit gewerkschaftlich, technisch, verkehrspolitisch und ökologisch Interessierten diskutieren.

Unsere Themen und Referenten:

- Technologische Entwicklungen im Automobilbau. Elektroautomobilität, Wasserstoffauto oder was? Konsequenzen für Arbeitsabläufe, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze. Referent: **Professor Hans-Christian Reuss, Forschungsinstitut für Kraftfahrwesen, Universität Stuttgart**
- Wirtschaftspolitische Hintergründe der Au-

tomobilkrise. Reichen technologische Innovationen zur Überwindung der Krise? Können die früheren Export-

ziffern der deutschen Autoindustrie wieder erreicht werden? Referent: **Michael Schlecht, Bundestagsmitglied der LINKEN, Gewerkschaftssekretär, Volkswirt**

- Umsteuerung der industriellen Produktion. Was wird aus der Autoindustrie und ihren Beschäftigten, und aus dem Verkehr? Referenten: **Uwe Meinhardt, IG Metall Stuttgart, und Martin Schwarz-Kocher, IMU-Institut Stuttgart.**

Moderieren werden Dorothee Diehm, IG Metall Freudenstadt, und Hasso Ehinger, langjähriger Betriebsrat bei Bosch. Wir freuen uns auf eine vielseitige Diskussion mit allen Anwesenden!



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

**Erfolgreiche Kampagnenführung in der Kommunalpolitik:
Am Beispiel des Kampfes gegen Stuttgart 21**

17.07.2010, 9 - 17 Uhr

Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ludwigstr. 73a

Im Workshop wollen wir uns gemeinsam am Beispiel der sehr erfolgreichen Mobilisierung gegen Stuttgart 21 anschauen, was eine erfolgreiche Kampagne ausmacht, welche Bausteine sie hat, auf was geachtet werden muss und wie politische Ziele erfolgreich kommuniziert werden können.

Der Workshop will Grundkenntnisse erfolgreichen Kampagnenmanagements und wirkungsvoller Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

Anmeldung bis zum 5. Juli an schlagler@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Frauensommerakademie

19.-22.08.2010

Rot am See | Tagungshaus Pension Seiffer Horschhof

Die Frauensommerakademie will Frauen, die sich in politischen Organisationen, Parteien, sozialen Bewegungen, Initiativen, Gewerkschaften, Studierendenorganisationen und -gremien u.ä. engagieren, die Möglichkeit geben zum Austausch, zu gemeinsamem Diskutieren und Lernen: über ihre Erfahrungen, über Feminismus heute, den Stand und Aufgaben der Frauenbewegung und darüber, wie es gelingen kann, politische Organisationen so umzugestalten, dass sie gendersensibler werden.

Anmeldung bis zum 12. Juli an schlagler@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Neue Stadtwerke für Stuttgart!

Partizipation und Transparenz in rekommunalisierten öffentlichen Unternehmen

18.09.2010, 10 - 17 Uhr

Stuttgart | Bürgerräume West, Bebelstr. 22

10-11 Uhr – Rechtliche Hintergründe und Erfahrungen mit Mitbestimmung und Transparenz in kommunalen Unternehmen (Dr. Carsten Herzberg)

11-13 Uhr – Vorstellung eines Modells für partizipative kommunale Eigenbetriebe und der Studie »Partizipation in Wasserunternehmen« (Dr. Carsten Herzberg)

14-17 Uhr – Neue Stadtwerke für Stuttgart: Rekommunalisierung, Transparenz und Mitbestimmung (Hermann Scheer, angefr. Wasserforum Stuttgart, angefr., Ratsfraktion SÖS/LINKE, angefr.)

**Kreative Aktionsformen als Bestandteile von
Öffentlichkeitsarbeit und politischen Kampagnen**

06.11.2010, 10 - 17 Uhr

Stuttgart | Rosa-Luxemburg-Stiftung, Ludwigstr. 73a

13.11.2010, 10 - 17 Uhr

Karlsruhe | genauer Veranstaltungsort s. Website

weitere Infos: www.rls-bw.de | schlagler@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Landestreffen LAG Bürgerrechte und Demokratie

Am Samstag, den 22. Mai, 13 Uhr im Haus am Riedbaum, Bingener Str. 7, Sigmaringen. Themen: Aktuelle Lage nach NRW-Wahl und Bundesparteitag – Zum Stand des Antrages auf Volksbegehren – Beiträge der LAG zum kommenden Landtagswahlprogramm – Verschiedenes. Alle Mitglieder der LAG Bürgerrechte und Demokratie Baden-Württemberg und natürlich auch alle Interessierten sind zu diesem Landestreffen herzlich eingeladen.

LAG Rote Reporter/innen BaWü

Mitgliederversammlung am 29. Mai, 10 Uhr, Landesbüro, Marienstr. 3A, Stuttgart